

vom Ratsbüro genehmigt
auf dem Zirkulationsweg
am 11. Juli 2001

PROTOKOLL

der **10.** Sitzung
vom Dienstag, 3. Juli 2001
17.00 - 19.40 Uhr
Grossratssaal der Rathauslaube

Vorsitz: Peter Neukomm (SP) Präsident 2001

Protokoll: René Gisler (Nichtmitglied)

Stimmzähler: Herbert Distel (CVP) und Wilhelm Hefti (SP)
Ersatz-Stimmzählerin für Trakt. 1: Esther Bänziger (SP)

Anwesend: von total 50 Mitgliedern:
Ratspräsident und 46 Mitglieder
5 Stadträte

Entschuldigt für die ganze Sitzung: Stephan Schlatter (SVP)
Rainer Schmidig (EVP)
Urs Tanner (SP)

für den Anfang der Sitzung: Peter Käppler (SP)

für den Schluss der Sitzung : Dieter Amsler (FDP)
Hans Peter Huber (SVP)
Ernst Spengler (SVP)
Erwin Sutter (EDU)

**Traktanden: 1. Ersatzwahl in die Verwaltungskommission EWS
für den Rest der Amtsdauer 2001/2004 Seite 298**

**2. INTERPELLATION Christian Hablützel (SP)
Bevölkerungsrückgang in der Stadt Schaffhausen Seite 298**

**3. INTERPELLATION Christian Meister (SVP)
"Wohnortsmarketing Stadt Schaffhausen" Seite 301**

PENDENTE GESCHÄFTE**EINGANG TITEL DES GESCHÄFTES**

8.11.00	VdSR - Verselbständigung der Städt. Werke SH u. Neuhausen	SPK
14.11.00	VdSR - Reorganisation des Museums zu Allerheiligen und Integration des Kulturdienstes	SPK
27.03.01	INTERPELLATION Thomas Hauser (FDP) Ausgaben bei der Sozialhilfe	
3.04.01	INTERPELLATION Bea Hauser (SP) Gefährdete Poststellen in Schaffhausen?	
2.05.01	VdSR - Kooperationsprojekt Forsthaus 2000: Definitive Weiterführung als zweite Gruppe in der städt. Kinderkrippe Forsthaus ab Januar 2002	SPK
8.05.01	INTERPELLATION Andres Bächtold (SP) "Verlotterte Gebäude sind auch Schulden"	
8.05.01	Vorlage des SR Richtplan Parkierung	SPK
15.05.01	MOTION Urs Tanner (SP) Finanzielle Anreize für mehr Krippen- und Hortplätze	
15.05.01	INTERPELLATION Iren Eichenberger (OeBS) "Jugendleitbild/Leistungsauftrag VSFZ"	
15.05.01	VdSR Neuauflage des Stellenplans per 1. Jan. 2001	GPK
4.06.01	Motion Rolf Amstad (SP) - Jugendarbeit in der Stadt Schaffhausen	
12.06.01	Motion Christian Hablützel (SP) - Keine Endlagerung von hochradioaktiven Abfällen in Benken!	
19.06.01	VdSR - Abgabe einer Teilfläche von ca. 1'300 m2 der städt. Parz. GB Nr. 8564 "Merishausertal", im Baurecht an die Firma Werner Scheidegger, Siebdruck + Werbung, 8245 Feuerthalen	GPK
18.06.01	INTERPELLATION Hans Peter Huber (SVP) - Alkoholausschank an Jugendliche unter 18 Jahren	
19.06.01	VdSR - Baurecht "Rheinhalde" (Ulmer/Zarotti Architekten, 8200 SH) GB Nr. 10'668 auf GB Nr. 9260 - Flächenreduktion	GPK
26.06.01	VdSR - GB Nr. 3930, Betonaufbereitungsanlage Solenberg; Umwandlung Pachtvertrag in Baurechtsvertrag	GPK
26.06.01	VdSR - GB Nr. 4442, Belagsaufbereitungsanlage Solenberg; Umwandlung Pachtvertrag in Baurechtsvertrag	GPK
25.06.01	MOTION Peter Wullschleger (CVP) im Namen der Fraktions- gemeinschaft FDP/CVP u. SVP/EDU - Gesunde und attraktive Finanzen	

Kleine Anfragen von

Raphaël Rohner (FDP)	Heizzeiten in den städtischen Schulhäusern	26.03.01	4/2001
Verena Stutz (SP)	Schulwegsicherung Kindergarten	03.05.01	7/2001
Susanne Günter (FDP)	Gestaltung der Oberfläche des Herrenackers	05.06.01	8/2001

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE

**Traktandum 1 Ersatzwahl in die Verwaltungskommission EWS
für den Rest der Amtsdauer 2001/2004**

Gewählt wurde auf Antrag der FDP/CVP- und SVP/EDU-Fraktion bei 45 gültigen Stimmen und einem absoluten Mehr von 23 Stimmen **Christian Bächtold (FDP)** mit **29 Stimmen**.

Der von der SP-Fraktion vorgeschlagene Kandidat **Wilhelm Hefti (SP)** erhielt **16 Stimmen**.

Das Geschäft ist erledigt.

**Traktandum 2 INTERPELLATION Christian Hablützel (SP)
Bevölkerungsrückgang in der Stadt Schaffhausen**

Die Interpellation wurde von Stadtpräsident Marcel Wenger gleichzeitig mit dem Vorstoss gemäss Traktandum 3 beantwortet und im Rat diskutiert.

Das Geschäft ist erledigt.

**Traktandum 3 INTERPELLATION Christian Meister (SVP)
"Wohnortsmarketing Stadt Schaffhausen"**

Die Interpellation wurde von Stadtpräsident Marcel Wenger gleichzeitig mit dem Vorstoss gemäss Traktandum 2 beantwortet und im Rat diskutiert.

Das Geschäft ist erledigt.

BEGRÜSSUNG

Ratspräsident Peter Neukomm (SP) eröffnet die Ratssitzung mit der Begrüssung der Ratskolleginnen und Ratskollegen, Frau Stadträtin, der Herren Stadträte, der VertreterInnen der Medien sowie der BesucherInnen auf der Tribüne.

MITTEILUNGEN

Neu eingegangene Geschäfte:

19.06.01 VdSR - Baurecht "Rheinhalde" (Ulmer/Zarotti Architekten, 8200 SH
GB Nr. 10'668 auf GB Nr. 9260 - Flächenreduktion

26.06.01 VdSR - GB Nr. 3930, Betonaufbereitungsanlage Solenberg;
Umwandlung Pachtvertrag in Baurechtsvertrag

**26.06.01 VdSR - GB Nr. 4442, Belagsaufbereitungsanlage Solenberg;
Umwandlung Pachtvertrag in Baurechtsvertrag**

Das Büro schlägt dem Rat vor, diese 3 Geschäfte usanzgemäss der GPK zur Vorberatung zuzuweisen. Kein Gegenantrag - so beschlossen.

**18.06.01 INTERPELLATION Hans Peter Huber (SVP) -
Alkoholausschank an Jugendliche unter 18 Jahren**

Dieser Vorstoss wird auf die Traktandenliste der nächsten Sitzung gesetzt.

Beantwortet wurde vom Stadtrat mit Datum vom 3. Juli 2001 die Kleine Anfrage von Peter Wullschleger (CVP) Bisherige Planungsprojekte rund um den Bahnhof v. 06.04.01 6/2001

Verhandlungsbereit wurde von der zuständigen SPK folgendes Geschäft gemeldet:
VdSR - Kooperationsprojekt Forsthaus 2000: Definitive Weiterführung als zweite Gruppe in der städt. Kinderkrippe Forsthaus ab Januar 2002.

Dieses Geschäft wird auf die Traktandenliste der nächsten Sitzung gesetzt.

An weiteren Papieren werden den Ratsmitgliedern heute Abend ausgehändigt:

- **Einladung der Verwaltung zur Einführung in das Thema WOV für neue und bisherige Ratsmitglieder: Montag, 6. August 2001, 17.00 - 19.00 Uhr im Hotel Zunfthaus zum Rüden (Anmeldefrist: 27. Juli 2001).**
- **Einladung zum Ratsausflug: Dienstag, 21. August 2001 ab 12.50 h Halbtagesausflug in den Schwarzwald (Anmeldefrist: 6. August 2001).**
- **KSS Jahresbericht 2000**
- **Mitgliederverzeichnis GrSR Stand 3. Juli 2001**
- **Broschüre Schaffhauser Recht und Rechtsleben mit Bestell-Talon**

PROTOKOLL

Das Ratsprotokoll Nr. 9 vom 19. Juni 2001 wurde vom Ratsbüro geprüft und genehmigt. Es liegt beim Ratssekretär auf und kann dort heute eingesehen werden.

Anmerkungen:

Ernst Gründler (FDP) zur Anmerkung der Redaktion auf Seite 276, zweitunterster Abschnitt: "Meine Aussage betreffend Kehrrecht-Rechnung bezog sich richtigerweise auf die resultierenden Gesamtausgaben der letzten 4 Jahre - Konto 7201 Kehrrecht- und Sperrgutabfuhr - mit einem Netto-Aufwand von insgesamt ca. Fr. 3,6 Mio Franken." Für den Hinweis der Redaktion ist der Votant dankbar.

Christian Hablützel (SP) nimmt Bezug auf sein Votum und der Anmerkung der Redaktion auf Seite 290 bezüglich der im Jahr 2000 vorgenommenen Wertberichtigungen bei den städtischen Werken. Hier besteht eine Differenz bezüglich der Bezifferung der Wertberichtigungen zwischen dem Votanten und der Redaktion, welche noch bereinigt wird.

Das Protokoll wird im übrigen genehmigt.

TAGESORDNUNG

Die Traktandenliste zur heutigen Sitzung wurde rechtzeitig zugestellt.
Die Tagesordnung wird gutgeheissen.

**Traktandum 1 Ersatzwahl in die Verwaltungskommission EWS
für den Rest der Amtsdauer 2001/2004**

Raphaël Rohner (FDP) schlägt für den ausgeschiedenen Andi Tenger (FDP) im Namen der bürgerlichen Fraktionen FDP/CVP und SVP/EDU **Christian Bächtold (FDP)** vor.

Bea Hauser (SP) schlägt im Namen der SP-Fraktion **Wilhelm Hefti (SP)** als Mitglied vor.

Weitere Vorschläge werden nicht gemacht.

Als Ersatz-Stimmenzählerin für den kandidierenden W. Hefti nominiert der Ratspräsident **Esther Bänziger (SP)**.

Wahlergebnis:

Zahl der Wahlberechtigten	50
Zahl der ausgeteilten Wahlzettel	47
Zahl der eingegangenen Wahlzettel	47
Zahl der leeren und ungültigen Stimmen	2
Zahl der gültigen Stimmen	45
Absolutes Mehr	23
Es hat Stimmen erhalten und ist gewählt:	

Christian Bächtold (FDP) **29 Stimmen**

Auf **Wilhelm Hefti (SP)** entfallen **16 Stimmen**

Das Geschäft ist erledigt.

**Traktandum 2 INTERPELLATION Christian Hablützel (SP)
Bevölkerungsrückgang in der Stadt Schaffhausen**

Christian Hablützel (SP) Begründung *

"Seit einigen Jahren geht die Wohnbevölkerung der Stadt Schaffhausen kontinuierlich zurück. Genauer gesagt - zwischen 1997 und dem Jahr 2000 um mehr als 2.5%. Seit 1995 sogar 4%. Das macht über 1400 Personen. Bei einem mittleren Gemeindesteuerertrag von nur Fr.1'000.-- pro Kopf, gehen somit 1,4 Mio Franken an Steuererträgen verloren.

Gehen wir davon aus, dass die in der Stadt getätigten jährlichen Konsumausgaben Fr. 4'000.-- pro Person betragen, verlieren die lokalen Geschäfte weitere 5,6 Mio Umsatz, was wiederum Steuerausfälle verursacht.

Während im Nachbarkanton bereits wieder von Wohnungsnot gesprochen wird und das Baugewerbe von Zuwachsraten von über 20% spricht, sitzen wir auf einem Leerwohnungsbestand von 3.2 % - Juni 2000. Die Folgen sind nicht nur im Bezug auf die Steuereinnahmen fatal, auch das lokale Baugewerbe wird sich nach der Decke strecken müssen.

Meine Damen und Herren: Vorsichtig geschätzt spreche ich von über 3 Mio Franken Steuerausfällen und das, wohlverstanden in einer Phase, welche im allgemeinen als Hochkonjunktur bezeichnet wird.

Nun gut: Ganz dem Trend der Schlagworte folgend, könnte man jetzt nach allgemeinem Standortmarketing rufen. Es gibt genügend Beratungsunternehmen, welche gerne ein vielfach kopiertes Konzept auf die Stadt Schaffhausen umschreiben und dafür ein unverschämtes Honorar verrechnen würden. Diejenigen unter Ihnen, welche im freien Markt von Kunden leben müssen oder besser gesagt dürfen, wissen aber, dass es ca. 10mal billiger kommt, einen bestehenden Kunden zu halten, als einen neuen zu gewinnen.

Wenn wir die Menschen in den Quartieren befragen, wissen diese in der Regel sehr genau, warum Nachbarn wegziehen. Zum Thema Wohn- und Lebensqualität: Betrachten wir nur die Stichworte im Forderungskatalog des Quartiervereins Hochstrasse/Geissberg von diesem Jahr an den Stadtrat. Genannt sind dort: Tasch, Kindergärten, Schulhaus Steingut, Ruf der Schulen, Bauruinen, Erhaltung der Poststelle, Tempo 30, Fussgängerstreifen usw. Wenn wir diese Liste anschauen, erhalten wir auch Hinweise darauf, wo wir ein Standortmarketing einsetzen können.

Zum Stichwort Arbeitsplätze: Glücklicherweise ist es in letzter Zeit gelungen, neue Arbeitsplätze - auch solche mit hoher Wertschöpfung - in der Region anzusiedeln. Nur: Was nützt uns das, wenn die Unternehmen keine Steuern bezahlen, Infrastrukturkosten verursachen und die Kadermitarbeiter im Kanton Zürich Steuern bezahlen? Die vielfach schön geredete Globalisierung hat eben auch eine Kulturveränderung bewirkt. Sie macht nicht nur die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu Nomaden, welche den Herden (sprich Arbeitsplätze der Unternehmungen) hinterher ziehen müssen; nein, ein guter Nomade muss, falls er Karriere machen will, alle paar Jahre den Arbeitsplatz wechseln, weil heute Firmentreue nicht mehr als Referenz, sondern als Fantasielosigkeit und Unflexibilität gewertet wird. Dieses Potential individueller Lern- und Veränderungsmöglichkeiten wird unsere Region auch bei gutem Wachstum in der Zukunft nicht mehr bieten können. Es sind in der letzten Zeit unselige Vergleiche bezüglich Steuerklima mit anderen Regionen - vor allem Zug - zustande gekommen. Dabei gilt es festzuhalten, dass Schaffhausen vom geografischen Potenzial nicht mitten in der Schweiz und mitten in Wirtschaftsräumen liegt, sondern am Rande, mit kaum 200 Metern direkter Landverbindung zur übrigen Schweiz.

Der relevante Wirtschaftsraum wird auch für die Wohnbevölkerung der Zukunft Gross-Zürich bleiben. Wir werden immer durch diesen 200 Meter breiten Korridor gehen müssen.

Es wird deshalb nicht genügen, von schöner Landschaft und von gutem Steuerklima (Schaffhausen liegt nach neuesten Publikationen zirka in der Mitte) zu sprechen.

Der einzige Grund, mindestens lebensabschnittsweise eine Pendlerexistenz in Kauf zu nehmen, kann nur in einer **überdurchschnittlichen** erlebten Wohn- und Lebensqualität liegen. Diese Qualität wird von den betroffenen Menschen definiert. Wir müssen deshalb Wohn- und Lebensqualität zusammen mit der Bevölkerung definieren und Verbesserungen schnell und unkompliziert an die Hand nehmen. Ganz im Sinne einer effektiven „Kundenbindung“ können und müssen wir in diesen Bereich aktiv investieren, um **weitere Abwanderungsbewegungen** zu verhindern.

Obwohl wir alle wissen, dass nur eine Schnellzugverbindung im 20 Minutentakt in die Wirtschaftsregion Zürich einen wirklichen Wohn-Boom in unserer Region auslösen würde, dürfen wir die Hände keinesfalls in den Schoss legen. Anstatt über Löcher durch den Galgenbuck nachzudenken, sollten wir eher eine Jahrtausend-Investition in eine Doppelspur der SBB nach Zürich tätigen und sofort dem Zürcher Verkehrsverbund beitreten.

Neben dem Halten unserer Wohnbevölkerung halte ich ein gezieltes Werben um NeuzuzügerInnen (**aber auch Neue müssen wieder gehalten werden können**) selbstverständlich für wichtig und dringlich. Damit wir die Werbemillionen nicht ziellos zum Fenster hinaus werfen, müssen wir ausgewählte Gruppen ansprechen. Dazu müssen wir aber wissen, welche Gruppen mit welchen Gründen abwandern. Die Gemeinde Neuhausen hat bereits vorgemacht, dass detailliertere Analysen bezüglich der Bevölkerungsentwicklung möglich und nützlich sind. Es stellen sich deshalb die folgenden Fragen:

1. Wie und in welchen Kategorien werden die Zu- und Abwanderungsbewegungen durch die Einwohnerkontrolle der Stadt Schaffhausen erfasst?
2. In welchen Altersgruppen verliert die Stadt signifikant Einwohnerinnen und Einwohner?
3. Kann der Stadtrat Aussagen zur Steuerkraft der Zu- und Wegziehenden generalisieren?

Ich erhoffe mir nicht nur eine technische Beantwortung meiner Fragen, sondern ich möchte auch eine Auseinandersetzung bezüglich der Entwicklung unserer Wohn- und Arbeitsstadt anregen. Dabei soll das Augenmerk sowohl auf die potenziellen Abwanderer, wie auch auf potenzielle ZuzügerInnen gerichtet werden. Der Mitteleinsatz für die Werbung um Zuzügerinnen und Zuzüger soll realitätsbezogen und zielgerichtet erfolgen können. Dazu bedarf es einer fundierten Analyse der Ausgangslage. Ich möchte noch anmerken, dass ich explizit keine Studie erwarte, sondern ein sachbezogenes, möglichst an den Menschen orientiertes Vorgehen, welches, wenn möglich, nicht von wirtschaftlichen oder politischen Einzelinteressen der Akteure geleitet wird.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit."

Nach Rücksprache mit dem Büro und im Einvernehmen mit den Interpellanten und den Fraktionen erfolgt an dieser Stelle die Begründung der Interpellation von Christian Meister (SVP) - Traktandum 3.

Die Stellungnahme des Stadtpräsidenten zu beiden Vorstössen erfolgt im Anschluss an diese Begründung.

Traktandum 3 INTERPELLATION Christian Meister (SVP) "Wohnortsmarketing Stadt Schaffhausen"

Christian Meister (SVP) Begründung *

"Wir können es in den Medien verfolgen, wir hören es hier im Rat, die Linke und die Rechte streiten sich um einige wenige Steuerprozente, und beide Seiten kümmern sich weder um die Kosten noch um einen genau so nötigen Schuldenabbau.

Wie sollten, wie könnten wir auch ?

Die Stadtkassen sind leerer als leer und es liegt ja leider auch kein Geld auf der Strasse, und drucken können wir es genau so wenig selber.

Und doch wäre es ja eigentlich eine ganz einfache "Milchbüechli"-Rechnung, wie sie jeder Haushalt, jedes Unternehmen in der Privatwirtschaft Tag für Tag lösen muss.

Letztlich kann ich doch nur so viel ausgeben, als dass hinten rechts wieder herein kommt, und ich muss sagen, dass mich das sehr stark verwundert, welche Begehrlichkeiten in diesem Rat immer wieder gestellt werden, im Wissen, dass hinten rechts gar nichts steckt.

Und wie es aussieht, wird es uns ParlamentarierInnen offensichtlich vorerst auch nicht gelingen, die Kosten in den nächsten paar Jahren, massiv zu reduzieren. Ohne deshalb der Antwort des Stadtpräsidenten vorzugreifen - **gibt es meines Erachtens nur eine Vorwärtsstrategie, in dem wir nämlich schlichtweg einen Weg finden, wie wir mehr Einnahmen generieren können!**

Als ich die Interpellation von Christian Hablützel gelesen habe, der sich darüber erkundigt, ob der Stadtrat den Gründen für den Bevölkerungsrückgang nachgeht, ist mir als politischer Neuling spontan in den Sinn gekommen, dass hier zwar in Ursachenforschung gemacht wird, aber die Gefahr besteht, dass sowohl unsere Stadträte wie auch der Grosse Stadtrat nach der Beantwortung der Anfrage dann einfach wieder zur Tagesordnung übergehen und eben nicht versuchen, vielleicht mit neuen Mitteln neue Wege zu finden, wie wir diesem Bevölkerungsrückgang begegnen können.

Deshalb auch meine Fragen an den Stadtrat, nämlich

- nach den Schritten, die er zu ergreifen gedenkt, damit die Bevölkerungszahl wieder ansteigt
- nach den Instrumenten und Gremien, die er dafür einzusetzen gedenkt, um die Vorzüge der Stadt Schaffhausen als Wohnort in der Öffentlichkeit der angrenzenden Kantone bekannt zu machen und
- welche finanziellen Beträge er in diesem Zusammenhang bereit ist, für ein gezieltes Wohnortsmarketing für die Stadt Schaffhausen auszugeben."

Stadtpräsident Marcel Wenger

Antwort des Stadtrates *

"Ich möchte vorausschicken, dass der Stadtrat diese beiden Vorstösse begrüsst und dankbar ist, dass er die Stellungnahme des Stadtrates abgeben kann. Es ist wahrscheinlich eines der interessantesten Vorstossapakete, das in den letzten 4 - 6 Jahren geschnürt wurde, weil es sowohl den Ursachen als auch den Massnahmen zur Behebung des Einwohnerschwundes nachgeht, und vor allem einmal ein politisches Thema setzt, welches in der Strategie des SR und des GrSR liegt und nicht an Details operativer Abläufe hängen bleibt, die wir in der Stadt "weiss Gott" häufig miteinander besprechen müssen.

Ich werde mir die nötige Zeit nehmen, um diese beiden Vorstösse in einem längeren Exposé zu beantworten. Ich bitte Sie dafür um Verständnis. Es sind zwei gewichtige Interpellationen, welche auch eine Diskussion auslösen werden. Ich werde auch versuchen, einige persönliche Aspekte einzubauen, die mir der Stadtrat gestattet hat, dass ich sie in diese Beantwortung mit einpacke. An dieser Stelle händigt der Stadtratsweibel, Hanspeter Pletscher, den Ratsmitgliedern Statistiken des Schweizerischen Städteverbandes hinsichtlich der Entwicklung der Einwohnerzahlen aus, worauf der Stadtpräsident im Verlauf seines Referates zurück kommen wird.

1. Vorbemerkungen

Das Phänomen eines **Bevölkerungsrückgangs** in zentralen Orten ist nicht allein in Schaffhausen zu beobachten. So wies auch die Stadt Zürich bis vor kurzem einen negativen Wanderungssaldo auf; die Bilder mit Schlangen vor leeren Wohnungen sind neueren Datums. Sie datieren aus dem Jahr 2001. Um die heute noch andauernde Abwanderung in Basel beispielsweise aufzuhalten, will der Stadtkanton mehr attraktiven Wohnraum anbieten. Die Stadt Baden beispielsweise konnte die Abwanderung erst mit der Überbauung ehemaliger Industrieareale im Verlaufe der 90er Jahre und unter dem Einfluss des wachsenden "Millionen-Zürich" stoppen und ins Gegenteil umkehren. Ein Blick in die Statistik der Schweizer Städte, Dezember 2000, herausgegeben vom Schweizerischen Städteverband, ist zum Thema Bevölkerungsrückgang sehr informativ. Er zeigt, dass Schaffhausen in der Statistik der 58 Schweizer Städte in der Grössenordnung von 15'000 bis 50'000 Einwohnenden in den Jahren 1990 bis 1999 nicht dramatisch verloren hat, weil wir anfangs der 90er Jahre noch gewachsen sind. Es sind aber doch rund 1,1 % der Bevölkerung, die wir verloren haben. Es ist eine Statistik, die wir nicht selber gefälscht haben, sondern es ist eine Statistik des Schweizerischen Städteverbandes. Sie basiert auf den bereinigten Zahlen der Bundesstatistik.

Damit sind wir bei den 24 "Verliererstädten" in der erwähnten Kategorie, allerdings nicht bei denjenigen, die diese negative Rangliste anführen, sondern bei den acht Städten, die noch zum besten Drittel der Verlierer gehören. Mit Neuenburg – dem Spitzenreiter der Wirtschaftsförderung – und Bellinzona teilen wir uns den selben Verlust-Prozentsatz. Deutlich besser sind die Kantonshauptstädte Solothurn und Chur mit Verlusten von 0,2 und 0,3 % der Bevölkerung, viel schlechter liegt Aarau mit -4,4 % oder Freiburg mit -2,7 %.

Leider können wir mit Frauenfeld +5,4 % oder Zug +3 % nicht mithalten, ja auch Kreuzlingen mit +3,9 % oder Winterthur mit noch immer +1 % sind deutlich voraus. Wenn man sieht, dass Kloten mit 4,1 % zugelegt hat, Jona mit 6,6 %, Baden mit 6,5 % und Baar mit sage und schreibe 15,4 %, dann wird das Ausmass der demographischen Verschiebungen in unserem Land sichtbar.

In unserer unmittelbaren Nachbarschaft haben die Gemeinden Feuerthalen mit 3,3 %, Flurlingen mit 10,7 %, Dachsen mit 22,7 % und Laufen-Uhwiesen mit 2,4 % Bevölkerungszunahmen zu verzeichnen - siehe ausgehändigte Grafik.

Aufgrund dieser Statistik sind auch erste Rückschlüsse auf mögliche Faktoren der Verschiebungen von Einwohnenden erkennbar, wenn wir an Verkehrsanbindung, Bauzonenentwicklung, Sogeffekte der Wirtschaftszentren und anderes denken, worauf ich in meinen folgenden Ausführungen noch näher eingehen werde.

2. Verschiedene Faktoren für den Bevölkerungsschwund der Kernstädte

Kernstädte sind nicht "a priori" nur grosse Städte in der Schweiz. Sie zeichnen sich durch das Zusammentreffen der Verkehrswege, der Arbeitsstätten für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungen, die hohe Siedlungsdichte und die über Jahrhunderte gewachsene Siedlungsstruktur aus.

Bereits Ende der 80er Jahre hatte sich ein Nationales Forschungsprogramm "Stadt und Verkehr" mit dem Phänomen der Sub- und Desurbanisationsprozesse (Entstädterung) auseinandergesetzt. Darin werden die Folgen für die Kernstädte vertieft untersucht und dargestellt:

- 1) Wachsende Ausgaben für Soziales und Infrastrukturen, Verlust von Finanzkraft der öffentlichen Hand.
- 2) zusätzliches Aufkommen von Pendler-, Einkaufs- und Freizeitverkehr, welche in den Zentralorten entsprechende Infrastrukturen erwarten;
- 3) eine zusätzliche Umweltbelastung durch Luftverschmutzung, Bodenverbrauch und Lärm;
- 4) Bevölkerungsentmischung und Unterauslastung von Flächen und Wohnraum.

Diese Prozesse können zu einem eigentlichen Städtezerfall führen. Der Bevölkerungsrückgang der Kernstädte ist in diesem Wirkungsgefüge zu sehen.

Zugelegt hat immer der sogenannte "Speckgürtel" um die Zentralorte: Erstens durch die Zuwanderung von Familien und zweitens durch den Zuzug von Steuersubstrat. Beides ist ersichtlich anhand der unübersehbaren Einfamilienhausquartiere, welche sich während der vergangenen 20 Jahre im Agglomerationsgürtel um die Kernstädte ausgebreitet haben. Diese Entwicklung ist auf lange Sicht problematisch sowohl für die Kernstädte wie auch das Umland, da sich bei einem Städtezerfall die Versorgung des Agglomerationsgürtels mit zentralörtlichen Leistungen ebenfalls verschlechtern würde. Auch für die Schweiz gilt: Die Städte bilden in modernen Dienstleistungsgesellschaften die stärksten Motoren und damit die Lokomotiven der Volkswirtschaft, und sind letztlich für den Wohlstand der gesamten Agglomeration verantwortlich. Dies wird namentlich von Vertretern eines verstaubten Föderalismusbegriffs im Bund und in den Kantonen nicht verstanden. Die wichtigen zentralörtlichen Funktionen der Kernstädte werden zwar in Anspruch genommen, jedoch existieren nur in wenigen Kantonen finanzielle Ausgleichsmechanismen. Dort, wo sie funktionieren, sind die Kernstädte in der Regel leistungsfähiger und attraktiver geworden. Thun und die Agglomerationsgesetzgebung im Kanton Bern sind hier gute Beispiele. Die ehemalige Militär- und Industriestadt (Selve) hat sich zur Gewerbe- und Dienstleistungsmetropole des Berner Oberlands entwickelt.

Ihre zentralörtlichen Leistungen werden allerdings vom Kanton und den umliegenden Gemeinden mit etwa 5 Mio Franken jährlich abgegolten. Hier ist im Kanton Schaffhausen noch viel Aufklärungsarbeit zu leisten, allerdings wird die Zeit langsam knapp für die Aufrechterhaltung unseres durchaus nicht übertriebenen zentralörtlichen Angebots an die Region rund um Schaffhausen.

Schaffhausen selber zeigt mittlerweile Anzeichen einer sogenannten A-Stadt. Zur Erinnerung: Als A-Stadt bezeichnet man eine Stadt mit einem überdurchschnittlichen Anteil an alten Menschen, Armen, AusländerInnen, Alleinerziehenden, Ausgesteuerten, Auszubildenden, Abhängigen usw.; die letzte Ökobilanz wies bereits auf diese Problematik hin. Die Gründe für die unerwünschte Entwicklung sind vielfältig. Ich erlaube mir, auf die drängendsten hinzuweisen.

Mangelnde Wohnungsgrössen

Der Wohnflächenbedarf pro Person hat massiv zugenommen, der Trend in Richtung grosser Wohnungen ist auch bei Einzelpersonen festzustellen. Wohl wird von einem wachsenden Leerwohnungsbestand in Schaffhausen gesprochen. Dieser betrifft jedoch in erster Linie Kleinwohnungen aus den Zeiten der industriell motivierten Bauspekulation der 60er und 70er Jahre. Bei grosszügigeren Wohnungen besteht offensichtlich ein Mangel. Wie auch in Basel, wo detaillierte Untersuchungen vorliegen, führt das mangelnde Angebot an attraktiven, modernen und familienfreundlichen Wohnungen zur Abwanderung von Schweizer Familien und zur Zuwanderung von Mietern, die sozial nicht in der Lage sind, sich bessere Angebote zu leisten. Es sind dies in aller Regel ausländische Bevölkerungsgruppen, sozial Benachteiligte, die aus der Region zuziehen, oder ältere Menschen, die sich wirtschaftlich einschränken müssen. Die überaus günstigen Mietpreise in der Stadt Schaffhausen für kleine und daher schwer zu vermittelnde Wohnungen ziehen Sozialfälle aus Umliegergemeinden und Nachbarkantonen vermehrt an. Dies könnte die Einwohnerkontrolle anhand zahlreicher Beispiele belegen (sie darf es aus Datenschutzgründen aber nicht); statistisch ist es aufgrund der Zunahme der Sozialausgaben nachzulesen. Die Aussage des Hauseigentümerverbandes, wonach in Schaffhausen eine „*passende Wohnung oder ein Haus zu finden, auch in Zukunft keine Schwierigkeit bereitet*“ (HEV Schaffhausen Mitteilungen Nr. 2) ist in dieser Form nicht korrekt. Sie zeigt auch, dass eine für die Entwicklung der Stadt wichtige Branche nicht wahrnimmt, dass die Wohnraumstrukturen unserer Stadt in Wahrheit für steuerkräftige Zuzügerinnen und Zuzüger nicht ausreichend attraktiv sind.

Quartierentmischung

Leider lassen sich in verschiedenen Quartieren eigentliche "Push-and-Pull"-Effekte nachweisen. Wo ein Ausländeranteil übermässig wird, wandern die Schweizer Familien ab, so im Birch oder an der Krebsbachstrasse und neuerdings im Quartier Geissberg-Hochstrasse. Dies schafft Möglichkeiten, um im Bekanntenkreis Werbung für die frei werdenden - oft günstigen - Wohnungen zu machen. Daraus resultieren Gebiete mit 90 % und mehr Ausländeranteil, was den Integrationsbemühungen der Stadt nicht entgegen kommt. Da die Arbeitslosigkeit bei diesen sozialen Gruppen vielfach grösser ist, können solche sozialen Entmischungen mit Folgeproblemen einhergehen (z.B. Jugendbanden, Littering, Vandalismus). Der Stadtrat wird dem Grossen Stadtrat zu diesen Problemen in den Quartieren Birch und Hochstrasse-Geissberg sowohl über den Budgetweg wie auch möglicherweise über gesonderte

Vorlagen Bericht und Antrag stellen, wie die steigende Entmischung der Wohnbevölkerung langfristig wieder verbessert werden kann.

Lärm

Nicht erst seit der Diskussion um den Fluglärm ist bekannt, dass eine übermässige Lärmbelastung auch zu einer Abwanderung guter Steuerzahlenden und zu einer sozialen Entmischung von Quartieren führen kann. Auch darüber gibt die Ökobilanz Hinweise. Zusätzlich entsteht eine (je nach Lärmaufkommen) erhebliche Wertvernichtung bei den Immobilien, oder bei Überschreitung der Planungswerte gilt gar ein Einzonungs- und Überbauungsverbot von nicht erschlossenem Bauland. Im Gegensatz zum Strassen- oder Bahnlärm, wo dank technischer Massnahmen eine Linderung möglich ist, sind gegen eine breite Beschallung von oben kaum Massnahmen denkbar. Dem wachsenden Flugverkehr kommt denn auch bei der Beurteilung der Lärmsituation in Schaffhausen zukünftig eine zunehmende Bedeutung zu. Die Folgen des Abkommens zwischen Deutschland und der Schweiz bezüglich der maximal zulässigen Flugbewegungen über süddeutschem Gebiet dürften denn auch die Stadt Schaffhausen direkt betreffen und müssen aufmerksam weiterverfolgt werden. Der Stadtrat unterstützt die Stellungnahme des Regierungsrates des Kantons Schaffhausen, wonach bei der Neuordnung des An- und Abflugregimes des Flughafens Kloten die Grundsätze des Einbezuges der Nachbarn in die Entscheidungsfindung und der Opfersymmetrie auch für die Zürcher "Goldküsten"-Gemeinden und das Zürcher Oberland Geltung haben müssen.

Weitere Umwelteinflüsse

Der Flächenverbrauch und die zunehmende Versiegelung des Bodens ist für all jene ein Problem, welche die Natur unmittelbar vor der Haustür haben möchten und sich attraktive, spannende Kinderspielplätze wünschen. Schaffhausen erscheint dank hohem Baumbestand und den zahlreichen Grünflächen in den Wohnquartieren als grüne Stadt. Dennoch ist das vorhandene Grün aus ökologischer Sicht zu verbessern. Spannende, abenteuerliche Kinderspielplätze und Natur bedingen sich weitgehend. Dank nächster Nähe zu den umliegenden Erholungsgebieten im Wald und in der Landwirtschaftszone mit ausserordentlich hohem landschaftlichem Wert besitzt die Stadt Schaffhausen wesentliche Pluspunkte, welche für einen Zuzug sprechen. Daher ist dem landschaftlichen Kapital Sorge zu tragen. Auch ist die Qualität der Oberflächengewässer, des Rheins, des Trinkwassers und der Freizeitanlagen als gut bis sehr gut einzustufen. Dies sind alles Gründe, die wir vermehrt auch nach aussen darzustellen haben.

Die Luftbelastung ist nach dem Wegfall stark emittierender Betriebe - Beispiel Wegfall der Giesserei - bzw. der Sanierung der Abluft der übrigen Betriebe nur noch entlang der Strassen mit hohem Verkehrsaufkommen problematisch und kaum ein Grund für einen Wegzug aus der Stadt Schaffhausen. Hingegen gingen beim Stadtökologen schon Anfragen bezüglich Ozonbelastung in einzelnen Quartieren ein, da die Menschen sehr unterschiedlich auf dieses sekundäre Reizgas reagieren.

Sicherheit

Unter diesem Aspekt sind vor allem drei Punkte mit Auswirkungen auf die Migration zu diskutieren: Gewaltdelikte, Drogendelikte, Verkehrssicherheitsdelikte.

Die Überschaubarkeit der Stadt Schaffhausen ermöglicht eine gewisse soziale Kontrolle. Verwahrloste Quartiere, wo die Sicherheit nicht mehr aufrecht erhalten werden kann, fehlen in Schaffhausen. Eine eigentliche Drogenszene ist im Kern der Stadt nicht mehr auszumachen. Nicht vollständig genügend ist die Verkehrssicherheit in Quartieren, wo Kinder auf den Strassen spielen, jedoch eine Verkehrsberuhigung fehlt. Die letztjährige Umfrage des Stadtschulrates bei Eltern von Kindern der Kindergartenstufe hat etliche Strassenabschnitte aufgezeigt, an denen eine sichere Strassenüberquerung nicht gewährleistet ist. Auch solche Aspekte können Eltern zum Umzug in ein ruhigeres, verkehrsberuhigtes, sicheres Quartier oder eben in eine andere Ortschaft bewegen.

Steuerdifferenz zum Umland

Der „Aldi“-Effekt, dass man (viele) Kilometer fährt, um einige Franken zu sparen, ist sicher auch bei der Steuerbelastung - gesamtschweizerisch gesprochen - anzutreffen. Jedoch ergeben präzise Steuervergleiche, dass zwischen den nahen zürcherischen steuergünstigen Gemeinden und der Stadt Schaffhausen ein Sogeffekt besteht, der nicht nur die höheren Einkommen betrifft. Damit lässt sich allerdings die Tatsache nicht erklären, weshalb innerhalb des Kantons SH z.B. Thayngen mit einem günstigeren Steuerfuss als die Stadt Schaffhausen dennoch bei den Einwohnern stagniert. Zur Erinnerung: Der Steuerfuss einer Gemeinde richtet sich wesentlich nach den Aufwändungen, und die nehmen im Falle einer A-Stadt in Form von Sozialleistungen und Infrastrukturausgaben zu! Es kann deshalb im Fall der Stadt Schaffhausen allerhöchstens darum gehen, mit einer Steuerfussenkung innerhalb des verfassungsrechtlichen Rahmens ein Signal zu setzen, dass wir auch an diesen wichtigen Teil des Preis-Leistungs-Verhältnisses zu denken haben. Das "Produkt" Schaffhausen ist gut, aber es ist noch in gewissen Segmenten zu teuer. Immerhin wurde in der Vergangenheit schon mehrfach eine Senkung des Steuerfusses in der Stadt – auch nur im bescheidensten Ausmass – verworfen, teils bereits im Grossen Stadtrat, einmal auch via Volksabstimmung. Dieses Signal und die Art und Weise, wie auch heute wieder nur über den Steuerfuss diskutiert wird, sind nicht dazu geeignet, positive Impulse für eine Zuwanderung auszulösen. Natürlich ist auch und vor allem der Kanton aufgefordert, einen Schritt bei den Steuern zu machen. Wenn es der Grosse Rat schon nicht vollständig übers Herz bringt, positive Signale für die Abgeltung der zentralörtlichen Leistungen zu setzen, dann sollte er wenigstens eine allgemeine Steuerentlastung in gleicher Höhe wie bei der Stadt budgetieren. Wir haben das bei der Behandlung der Motion Veronika Heller gesehen. Die Motion wurde in ein Postulat umgewandelt und war sehr knapp durchzubringen.

Berufliche Gründe

Die Abwanderung wird vielfach mit einem Stellenwechsel oder dem Antritt einer neuen Stelle ausserhalb von Schaffhausen begründet. Wenn in Schaffhausen die Arbeitsplätze fehlen, ist es schwierig, zusätzliche Bevölkerungsanteile nach Schaffhausen zu bringen. Wer in Winterthur oder Zürich arbeitet, schaut zuerst einmal in der Nähe des Arbeitsortes nach Wohnmöglichkeiten. Hier hat die Wirtschaftsförderung für die Stadt einigen Fortschritt gebracht, der sich in Zukunft positiv auf die Bevölkerungszahlen auswirken wird. Aber natürlich nur, wenn die übrigen Faktoren, die ich bisher aufgezählt habe, auch stimmen.

Psychologische Distanzen

Es sind nicht immer rationale Gründe massgebend für den negativen Wanderungssaldo einer Gemeinde. Leider besitzt Schaffhausen für die Grossregion Zürich eine Distanz, die weder zeitlich noch örtlich erklärbar ist. Schaffhausen ist in den Augen vieler Schweizerinnen und Schweizer „ennet dem Rhein und fast schon in Deutschland“. Diese mentale Schranke kann den Zuzug von Leuten ebenfalls verhindern. Mit der in der Vergangenheit beschworenen Ausrichtung des Kantons in Richtung Ostschweiz bzw. der Abgrenzung gegenüber Zürich wurde diese Schwelle zusätzlich gefördert. Es kam zu einer mentalen Distanz zu Zürich. Daher ist das Bild von Schaffhausen als Ostschweizer Kanton in der Schweizer Öffentlichkeit aus der Sicht des Stadtrates dringend überholungsbedürftig.

Versäumnisse bei der Anbindung Schaffhausens an den regionalen öffentlichen Verkehr

Schaffhausen hat wichtige Brückenfunktionen zwischen den Wirtschaftsräumen Stuttgart-Singen und Zürich wahrzunehmen. Dies gilt besonders seit dem Inkrafttreten der Bilateralen Verträge, die eine bessere Verfügbarkeit der Personalressourcen über die Kantons- und vor allem Landesgrenzen hinaus ermöglichen. Aus diesem Grund hat die Stadt Schaffhausen seit jeher vom Kanton ein stärkeres Engagement bei der Herstellung des Halbstunden-Taktes nach Zürich, wenn möglich mit direkter Flughafenbindung, gefordert. Schon vor zehn Jahren hätte ein Anschluss an das Verbundsystem des Zürcher Verkehrsverbundes (ZVV) stattfinden müssen. Diese Chancen wurden auf kantonaler Ebene verpasst und erst wieder durch die Wirtschaftsförderung neu eröffnet.

Ein wichtiges Element, welches wir heute noch nicht besprochen haben, ist die *Kunst der SchaffhauserInnen, sich in Medien selbst zu demontieren*.

Wenn dauernd über die schlechte Parkplatzsituation in der Altstadt gejammert wird, wenn ein Gratisanzeiger primär alle städtischen Aktivitäten unter dem Schlagwort Doppelverwaltung zerreisst, so ist diese „Miesepeterei“ nicht unbedingt einer Wohnortsförderung dienlich. Das muss einmal offen ausgesprochen werden. Der Umgang der Schaffhauser miteinander ist in diesem Blatt alles andere als appetitlich. Immerhin: Auf Grund des Einzugsgebietes werden unsere Schaffhauser Unzulänglichkeiten, die in diesem Blatt publiziert werden, einem Publikum von über 100'000 Menschen zugänglich gemacht. Es werden die privaten Lebensverhältnisse nicht nur der Stadträte breitgeschlagen, sondern es wird auch gleich noch deren Umfeld "drangenommen".

Das nützt eigentlich niemandem ausser demjenigen, der damit den Schlagzeilenhintergrund für möglichst viele Inserate schaffen möchte. Es sind dann noch Inserate von deutschen Anbietern, Detailhändlern mit entsprechend günstigen Konkurrenzpreisen in der Nachbarschaft (dies nur in Klammern).

Schaffhausen besitzt Qualitäten, wie etwa ein gutes Kulturangebot, eine gute Quartiersversorgung, die halt in Konkurrenz zur Altstadt steht, ein gutes öffentliches Verkehrsnetz und eine gute Erreichbarkeit des Wirtschaftsraumes Zürich. Dies müsste auch kommuniziert werden. Statt dessen wird gejammert in den Gazetten und den Parlamenten, dass sich die Balken biegen.

Man könnte versucht sein zu glauben, dass in Schaffhausen besonders viel schlecht läuft, wenn man zum Beispiel die zweimal pro Woche erscheinende Leserbriefseite einer weit verbreiteten Tageszeitung analysiert. Man räumt den "Suurgörpsi", die immer ein wenig dieselben sind, einen viel zu prominenten Platz in dieser für uns wichtigen Tageszeitung ein - das sage ich jetzt persönlich: Immerhin bringt man es mit einem giftigen Leserbrief doch auf die zweite Seite des internationalen und nationalen Teils. Ein Unikum in der schweizerischen Presselandschaft, das uns in der Wahrnehmung von aussen nur zu oft in die Rolle einer etwas schrulligen Kleinstadt drängt, in der – zwischen Berichten über die internationale Lage und wichtige Inlandthemen – dem Ärger über den Geräuschpegel einer lauen Sommernacht am Unterstadtfest Luft gemacht werden kann.

In Tat und Wahrheit weist Schaffhausen eine hohe Wohnqualität auf, ein hohes politisches Interesse an Sachthemen und an ganz normalen demokratischen Positionskämpfen um die bessere Lösung. Aber das – leider – wird von uns selber zu wenig wahrgenommen. Ich nehme da die Regierung nicht aus. Der Stadtrat hat genau dieselbe Situation. Und wenn wir es schon nicht wahrnehmen, dann können wir auch nicht erwarten, dass es von unseren zukünftigen Mitbewohnerinnen und Mitbewohnern wahrgenommen wird. Das muss ändern, auf allen Stufen und in allen Köpfen!

Kurz und gut: Die Bevölkerungsentwicklung und die Migration ist – auch in Schaffhausen – von vielen Faktoren abhängig; wesentlich ist insbesondere auch die Kommunikation über die Stärken einer Stadt.

Politische Signale

Unterschätzt wird allgemein auch die Auswirkung politischer Signale auf die Attraktivität einer Wohngemeinde. Wenn es eine Stadt beispielsweise nicht fertig bringt, überalterte Strassenzüge zu erneuern - sehen Sie sich einmal die Fischerhäuserstrasse an; sie sieht aus wie eine DDR-Vorstadt -, schöne Lagen gezielt für mehr Attraktivität zu sanieren (Güterhof, Schifflande) oder auch nur bescheidenste Schritte einer städtebaulichen Erneuerung sichtbar zu machen (Herrenacker Süd, Bushof, Pfarrhof, Kornhaus, Haberhaus, Cardinal-Areal, Milchzentrale, altes Feuerwehrdepot), dann kann dies negative Auswirkungen auf Investoren haben. Mit Sicherheit hatte dies das vor einiger Zeit abgeschaffte Wohnraum-Erhaltungsgesetz. Es hat zu einem fast völligen Rückzug der institutionellen Schweizer Anleger wie Banken, Versicherungen und Pensionskassen aus dem Schaffhauser Immobilienmarkt geführt. Dieser politische Flurschaden als Reaktion auf die übersteuerte Immobilienhausse der 80er Jahre wirkt in unserer Stadt immer noch nach. Wenn Sie ein grosses städtisches Bauvorhaben an eine Pensionskasse verkaufen wollen, haben Sie aufgrund der Situation die grösste Mühe.

Auch die Tatsache, dass Schaffhausen durch eine unglückliche Entsorgungspolitik des letzten Grossen Stadtrates - ich nehme diesen Grossen Stadtrat hier aus - nun zum "schwarzen Loch" für den gesamten Agglomerationsmüll geworden ist mit der Folge, dass wir seit 1998 insgesamt rund drei Millionen Franken an Steuermitteln für die Behebung der Kalamität einsetzen mussten, spricht für sich und ist kein positiver Impuls.

Wie ist eine Reurbanisation bzw. ein Ausbrechen aus der Abwärtsspirale möglich? Auch hier zeigt das zitierte nationale Forschungsprogramm mögliche Auswege auf:

- **Schaffung von attraktivem Wohnraum**
- **konsequente Erhöhung der Lebensqualität mit technischen, organisatorischen und wirtschaftlichen Massnahmen**
- **Schaffung von einem intakten sozialen und ökologischen Wohnumfeld durch eine bessere Durchmischung grosser und kleiner Wohnungen, billiger und teurer Wohnungen sowie durch die Einbindung von Natur in den Siedlungsraum.**

3. Beantwortung der Einzelfragen

Interpellation Hablützel:

1. *Wie und in welchen Kategorien werden die Zu- und Abwanderungsbewegungen durch die Einwohnerkontrolle erfasst?*

Die Einwohnerkontrolle mutiert die Zu- und Wegzüge mit der An- bzw. Abmeldung am Schalter laufend. Aufgrund dieser Mutationen können bei Bedarf verschiedene statistische Auswertungen gemacht werden, etwa die Zu- und Wegzüge nach Alterskategorie oder nach Nationalität. Die Gründe für einen Zu- oder Wegzug werden nicht separat erfasst. Als Folge der Interpellation hat die Einwohnerkontrolle aber während der vergangenen zwei Monate die Gründe erfragt:

Als wichtigsten Grund (31 %) werden in diesem Zeitraum berufliche Gründe genannt, an zweiter Stelle folgt mit 28 % das attraktivere Wohnangebot ausserhalb von Schaffhausen, an dritter Stelle folgen je mit 11 % die kinderfreundliche Umgebung und die Mietpreise, gefolgt von Steuergründen mit 10 %. Als weitere Gründe werden unter anderem genannt: Familie, soziales Umfeld und weitere.

2. *In welchen Altersgruppen verliert die Stadt signifikant Einwohnerinnen und Einwohner?*

Die Auswertung der letzten zehn Jahre hat ergeben, dass die Stadt bei den unter Dreissigjährigen und über Fünfundsechzigjährigen zulegt, jedoch bei den Dreissig- bis Fünfundsechzigjährigen verliert. Sie gewinnt somit bei den Senioren und bei den Auszubildenden bzw. ins Erwerbsleben Übertretenden. Sie verliert bei den beruflich etablierteren Gruppen, wo ein besserer Verdienst und allenfalls Kinder vorhanden sind.

3. *Kann der Stadtrat Aussagen zur Steuerkraft der Zu- und Wegziehenden generalisieren?*

Aussagen aufgrund der Steuerstatistik sind nur beschränkt möglich. Beispielsweise wird nach einer Scheidung ebenfalls ein Zuzug im Steuerregister vermerkt, obwohl der Wohnsitz nach wie vor in der Stadt verbleibt. Dies gilt auch für Jugendliche,

welche volljährig werden und neu selber eine Steuererklärung ausfüllen müssen. Dennoch lassen sich folgende allgemeine Aussagen machen: Sowohl das Einkommen als auch das Vermögen der Zuziehenden ist geringer als der Wegziehenden. Dies erstaunt in Anbetracht der gemachten Ausführungen nicht.

Wir sind nicht die einzigen, welche diese statistischen Probleme haben. Die Schaffung statistischer Unterlagen ist ganz zentral auch ein Anliegen der Wohnortsförderung des Kantons. Wir haben gestern im Grossen Rat die Mitteilung erhalten, dass der Kanton für die nötigen statistischen Unterlagen eine Offerte der kantonalen Wirtschaftsförderung besitzt. Wir haben uns heute Morgen - speditiv wie wir sind im Stadtrat - bereit erklärt, zu dieser Erhebung beizutragen, allerdings unter der Bedingung, dass wir dasselbe statistische Material auch bekommen. Die Gemeinde spielt eine zentrale Rolle bei diesen Untersuchungen. Ich habe heute Regierungsrat Meister mitteilen können, dass die Stadt mit im Boot sitzt - wenn der Kanton dies wünscht - bei der Herstellung einer besseren statistischen Grundlage, um im Bereich der Produktegestaltung mindestens diese Unterlagen zu haben. Wenn wir wissen, wo es fehlt, wissen wir auch, wie wir das Produkt gestalten müssen.

Interpellation Meister:

Christian Meister orientiert seine Interpellation eher in die Zukunft. Er möchte nicht wissen, was der Stadtrat hinsichtlich Ursachenforschung unternimmt, sondern wie er mit dem Problem in Zukunft umgeht.

1. Welche Schritte gedenkt der Stadtrat zu ergreifen, damit die Bevölkerungszahl in der Stadt Schaffhausen wieder ansteigt?

Ich verweise hier generell auf die Ergebnisse der Klausurtagung und die strategischen Handlungsfelder des Stadtrates. Stadtratsweibel Hp. Pletscher händigt den Ratsmitgliedern das entsprechende Papier aus.

Es sind im Grunde drei Schwergewichte, welche für die Beantwortung und die Diskussion nachher eine gewisse Rolle spielen.

Wie bereits erwähnt, kann das Problem nicht mit einer einzigen Massnahme angegangen werden. Vielmehr muss ein referatsübergreifender Mix von Massnahmen definiert und umgesetzt werden, um eine Trendwende beim Bevölkerungsrückgang in der Stadt Schaffhausen zu erreichen.

Folgende Massnahmen stehen dabei im Vordergrund und sind durch verschiedene Vorlagen des Stadtrates teils bereits beratungsreif oder in Vorbereitung:

- Grosszügige Auslegung der Umbaumöglichkeiten innerhalb der bestehenden Gebäude.
- Zusammenlegen kleiner Wohnungen, welche heute eine gewisse Anziehungskraft für sozial schwache Gruppen ausüben.
- Bei Quartierplanungen grössere Wohnungen und eine gute Durchmischung des Ausbaustandards anstreben.

- Kantonale Wirtschaftsförderung: Weiterführung der erfolgreichen Ansiedlungspolitik, denn ohne neue attraktive Arbeitsplätze sind wenig Anreize vorhanden, nach Schaffhausen zu ziehen.
- Signale zur Steuerpolitik gemäss der Klausurtagung des Stadtrates (Reduktion der Steuerdifferenzen zum Umland). Es geht hier um eine marginale Reduktion, aber immerhin um ein Signal.
- Verkehrsberuhigung in den Quartieren und Verstetigung des Verkehrsflusses auf den Hauptachsen durch Kreisellösungen usw. zur Erhöhung der Verkehrssicherheit.
- Gute öV-Erschliessung von Quartieren und verdichtete Bauweise bedingen sich gegenseitig. Wir sind an der Revision der Bauordnung und des Zonenplanes, welche wir Ihnen noch in diesem Jahr präsentieren werden.
- Lärmverminderung in den Wohnquartieren
- Schaffung von Ruheplätzen und Kinderspielplätzen für die städtische Bevölkerung.
- Tagesschulangebote und Krippenplätze: Gute Startbedingungen schaffen.
- Erhöhung der Standortattraktivität
- Aktives Vermarkten der Wohnstandort-Qualitäten.
- Integrationsmöglichkeiten für Ausländer schaffen.
- Schaffung von öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Kooperationen unter den Gemeinden, die es ermöglichen, Aufgaben gemeinsam anzugehen und zu finanzieren. Stichworte: Zivilschutz SH/Neuhausen, Werkpolitik SH/Neuhausen, Finanzkontrolle Stadt/Kanton SH, Schaffhauser Polizei. Vor allem die horizontale Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden ist ein Anliegen des Stadtrates.

Zur geplanten Revision von Bauordnung und Zonenplan noch einige Bemerkungen:

Dieses Geschäft wird wichtig sein für die Entwicklung eines Wohnort-Marketing.

Das Raumplanungsgesetz verlangt im Zweckartikel eine haushälterische Nutzung des unvermehrten Gutes Boden. Um eine zu grosse Bauzone und damit eine Baulandhortung und Zersiedlung der Landschaft zu vermeiden, verlangt das Gesetz überdies, dass der Bevölkerungsentwicklung Rechnung zu tragen und eine Reservefläche für 15 Jahre nachzuweisen sei. Die heutige Bauzone der Stadt Schaffhausen erfüllt diese Bedingungen. Zusätzliche Einzonungen sind deshalb sehr gezielt vorzunehmen. Sie haben auch erhebliche Kostenfolgen. Dies betrifft nicht nur die Erschliessung der neuen Zonen, sondern auch den folgenden Unterhalt der Bauwerke. Die Infrastruktur muss in der Regel alle 20 Jahre saniert werden.

Das nationale und internationale Wirtschaftskader muss bezüglich Wohnraum flexibel bleiben. Daher sind diese Leute nicht primär an Kaufobjekten, sondern an attraktiven Mietobjekten interessiert. Und an denen mangelt es in Schaffhausen erheblich.

Bestehende Wohnbauten sind daher aus Gründen des darin steckenden hohen Anteils an grauer Energie primär zu sanieren und bezüglich Wohnraumgrösse den neuen Verhältnissen anzupassen. Wo dies nicht sinnvoll machbar ist, sollen grosszügig Abbruchgenehmigungen erteilt werden zur Förderung einer qualitativen Verdichtung nach innen.

Wenn Sie das nun kombinieren und mit der Lösungsstrategie des SR zur Deckung bringen, sehen Sie, dass es aus der Sicht des SR drei grosse Handlungsfelder gibt

- Handlungsfeld Finanzen
- Handlungsfeld Führung und
- Handlungsfeld Wohnortsmarketing

Da werde ich sicher noch in der Diskussion Gelegenheit haben, dazu Stellung zu nehmen.

2. Welche Instrumente und Gremien gedenkt der Stadtrat allenfalls dafür einzusetzen, die zum Ziel haben, die Vorzüge der Stadt Schaffhausen als Wohnort in der Öffentlichkeit der angrenzenden Kantone bekannt zu machen?

Aufgrund des erwähnten Massnahmenpakets ist es Aufgabe aller Referate, die Vorzüge der Stadt Schaffhausen darzustellen und bekannt zu machen. Es kommen verschiedene Gremien in Frage, die sich bereits heute schon mit der Wohnortförderung auseinandersetzen:

- Planerisch der Planungsstab und die Planungskommission;
- Bezüglich Umweltqualitäten und Verkehrssicherheit die Umweltschutz-Kommission;
- Marketing für Schaffhausen als Wirtschafts- und Wohnort gemeinsam mit der Wirtschaftsförderung des Kantons und dem Regierungsrat unter Einbezug von Gewerbeverband und Industrievereinigung.

Wir wissen heute, dass der Kanton daran ist, eine gemeinsame Erhebung statistischer Entscheidungsgrundlagen vorzubereiten und auch eine kantonale Task force mit einem Expertenrat einzusetzen. Ich habe angeboten, dass der Stadtrat in diesen Gremien mitwirkt. Es ist klar, dass wenn wir das tun, weil wir praktisch 50% der Bevölkerung in der Agglomeration Schaffhausen-Neuhausen haben, dies gemeinsam mit dem Kanton tun werden. Es geht darum, die ganze Region einer prospektiven Zukunft entgegen zu führen.

Da eine Interpellation mit ähnlicher Stossrichtung im Kantonsparlament überwiesen wurde und nächstens behandelt wird, ist mit Vorteil das Konzept des Regierungsrates abzuwarten.

Es gilt aber die Hausaufgaben in jenen Bereichen zu lösen, wo wir in der Stadt „schmalbrüstig“ sind. Der Stadtrat denkt etwa an folgende Punkte:

- Schaffung eines Förderprogramms zur Sanierung der Altbauten;
- Schaffung von Anreizen zur qualitativen Verdichtung oder Erneuerung veralteter Wohnquartiere;
- Blockzeiten, Tagesschulangebote und Krippenplätze im Sinne einer Starthilfe;

- Förderung der Verkehrssicherheit, insbesondere in den Wohnquartieren;
 - Einführung kostendeckender Leistungssysteme gegenüber ausserkantonalen NutzerInnen von Zentrumsleistungen.
3. *Welche finanziellen Aufwändungen ist er in diesem Zusammenhang bereit, für ein gezieltes Wohnortmarketing für die Stadt Schaffhausen auszugeben?*

Ich kann diesen Teil der Antwort sehr stark kürzen. Ich weiss heute, dass sich die Vorstellungen des Kantons für einen Staatsbeitrag ab dem Jahr 2002 bei rund Fr. 150'000.-- pro Jahr bewegen werden. Wir werden versuchen, dies über die Budgets für das Wohnort-Marketing einzusetzen. Ich werde Ihnen wahrscheinlich gegen Ende Jahr dazu gesondert Bericht und Antrag stellen. Ich kann das heute nicht tun, weil der Rohbudget-Termin bereits abgelaufen ist, und ich die Details der Beantwortung und die Diskussion im Grossen Rat noch nicht miterlebt habe. Ich muss zuerst hören, was der Grosse Rat dazu sagt.

Im Weiteren hat der Grosse Stadtrat Gelegenheit, die Handlungsfreiheit des Stadtrates bei der Sanierung ungenügender städtischer Infrastrukturen zu verbessern, wenn er die bisherige Haltung des alten Grossen Stadtrates zum Thema Veräusserung von Baurechtsgrundstücken korrigiert (Devestitionen). Es gibt Einzelparzellen und auch aus städtebaulichen Gründen nicht notwendigerweise im Eigentum der Stadt befindliche Baurechtsgrundstücke. Diese sind konsequent zu veräussern. Das frei werdende Kapital ist anschliessend möglichst rasch zur Sanierung oder zum Neubau städtischer Infrastrukturen in den Schulen, Kindergärten und in den Wohnquartieren einzusetzen. Bisher hat das Parlament alle Wege einer sinnvollen Devestition städtischen Vermögens abgelehnt. Dies muss anders werden, wenn die Stadt für Zuziehende nicht noch mehr an Attraktivität einbüßen soll.

Ich komme zum Schluss, meine Damen und Herren. Ich zitiere hier einen Artikel von Dr. Harald Jenny. Er ist der neue Präsident der Industrievereinigung Schaffhausen. Er schreibt:

1. *Schaffhausen ist ein starker Arbeitsort.*
2. *Schaffhausen ist ein starker Wohnort mit qualitativ hochstehender Wohnqualität und gutem Preis-/Leistungsverhältnis.*
3. *Schaffhausen ist ein starker Ausbildungsort.*

Behalten Sie dies im Kopf, wenn Sie jetzt über die Stadt Schaffhausen und über den Standort Schaffhausen diskutieren. Seien Sie sich bewusst, dass wir nicht nur immer über unsere Schwächen reden, sondern auch über unsere Stärken sprechen müssen."

Bea Hauser (SP) beantragt Diskussion.

Der Rat folgt diesen Antrag stillschweigend.

Bea Hauser (SP) Votum

"Der Stadtpräsident hat mit seiner Verwaltungscrow seine Hausaufgaben gemacht. Ich bin nicht nur erschlagen von der Länge seiner Ausführungen, sondern er hat auch einige inhaltlich interessante Überlegungen angestellt. Mir sind gestern im Grossen Rat ein paar Sachen dazu eingefallen, wo es eine längere Diskussion über

diesen Beitrag von Fr. 110'000.-- für die Mitgliedschaft des Kantons bei der GZA (Greater Zurich Area) gab. Da wurde gesagt, wer viel Geld in die Wirtschaftsförderung und die -Massnahmen "buttert", dürfe nicht automatisch davon ausgehen, dass viel zurück kommt. Das war ein Argument, das mir zu denken gab. Zum anderen hat ein grüner Kantonsrat gesagt, dass es im kleinen Kanton Schaffhausen viel netter und hübscher sei als im Kanton Zürich - er meinte dies durchaus wirtschaftlich. Er stellte die interessante Frage, ob Wirtschaftsförderung eigentlich zum Kerngeschäft der öffentlichen Hand gehöre. Vor 10 Jahren - meine Damen und Herren der rechten Seite - hätten Sie sich mit Händen und Füßen gegen die Instrumente und Massnahmen gewehrt, welche der Stadtrat bzw. der Regierungsrat heute zur Wirtschaftsförderung und zur Ankurbelung der Wirtschaft einsetzen bzw. ergreifen möchte. Heute machen wir bald in jeder Partei Vorstösse und sagen: "Lieber Staat, tue doch etwas." Ein Problem, den Leerwohnungsstand, hören wir von allen Seiten. Es gibt zu wenig attraktive, grosse Wohnungen. Der Präsident des Schaffhauser Hauseigentümer-Verbandes HEV, dem Sie eher angehören - unsereins ist Mitglied des Mieterverbandes - sagte in einem Interview der Schaffhauser az, "ja es sind halt die Privaten, die ihre Liegenschaften nicht sanieren." Es sind private Liegenschaftenbesitzer - ich habe nichts gegen privaten Liegenschaftenbesitz -, die ihre zu kleinen Wohnungen, sei es im Birch, an der Hochstrasse oder an der Buchthalerstrasse, anstatt sie zu sanieren, sie zu vergrössern und zu einem guten Preis zu vermieten, kaufkräftigen ausländischen Immobilienhändlern anbieten. Ich habe Kenntnis von einem Fall an der Buchthalerstrasse, da hat die Liegenschaftenbesitzerin - eine Kasse - genau das Gegenteil gemacht. Diese hat die Mieter vorübergehend aus dem MFH ausquartiert, in den "Hasenställen" Wände heraus gebrochen, 4-, 5- u. 6-Zimmer-Wohnungen gemacht und weist so eine absolut durchmischte Mieterschaft auf mit SchweizerInnen und AusländerInnen. Der Kehrriech steht nicht mehr während Tagen vor der Tür. Es ist so, dass die privaten Liegenschaftenbesitzer auf ihren Wohnungen sitzen bleiben, ebenso diverse Kassen, wenn sie nicht bereit oder in der Lage sind, die Wohnungen anständig zu unterhalten oder zu sanieren. Da weiss ich nicht, welche Einflussmöglichkeiten die öffentliche Hand hier hat, wenn dies nicht einmal der HEV fertig bringt.

Bezüglich diverser Probleme und Massnahmen, die der Stadtpräsident erwähnt hat, wie Bodenpolitik, Erstellung schöner Kinderspielplätze, die Sache mit dem Fluglärm, mit den Verkehrsvorteilen und -nachteilen, muss ich Ihnen sagen, dass immer wir die VerursacherInnen sind. Ich mag auch keinen Fluglärm, aber ich setze mich einmal im Jahr ins Flugzeug, wie wahrscheinlich die Mehrheit von Ihnen auch. Der Fluglärm sind wir, der Verkehrskollaps sind wir, da stosse ich immer an eine intellektuelle Hürde, was der/die Einzelne tun soll. Ich kann nicht sagen, "dummer Unique-Airport, Du hast zu viele Flieger." Das sind wir. Wir haben das gesehen mit dem Ferienbeginn - auf Mallorca und überall. Warum strömen Tausende von Menschen in die Flughäfen und fliegen nach Mallorca? Sie können ja - weiss der Teufel - in ihrem Kanton oder ihrer Wohngemeinde die Ferien verbringen. Es ist unser Fehlverhalten, welches diese Probleme schafft. Bezüglich allgemeiner Verkehrssicherheit fehlt die Kontrolle. Ich sage es überall und habe beruflich auch die Möglichkeit, dies zu schreiben. Wir haben einen Mangel bei der Kontrollstelle - die heisst Polizei. Seit die Polizei zusammen gelegt ist, haben wir weniger Polizei oder sie versteckt sich. Es wird nicht mehr kontrolliert. Sie wissen, dass die Bevölkerung mehrheitlich nicht mit dieser Situation einverstanden ist. Die Verkehrs- und Sicherheitskontrolle findet nicht mehr statt.

Bezüglich Steuerpolitik beisst sich die Katze in den eigenen Schwanz. Der Stadtpräsident hat richtigerweise darauf hingewiesen. Da ist diese Steuerstatistik hoch interessant. Ohne Steuerharmonisierung in der Schweiz wird sich dies nie ändern. Wenn ich Uster anschau, so hat diese Stadt einen Bevölkerungszuwachs von gut 10 %. Dort wurde Land umgezont, so dass man bauen konnte. Uster konnte jungen Familien Bauland zu anständigen Preisen anbieten. Das hat das dortige Parlament einstimmig genehmigt. Dann wurden Siedlungen erstellt. Es ist das Problem der Stadt Schaffhausen, was wir mit unserem Bauland machen. Ob Baurecht oder Verkauf, da müssen wir Lösungen finden.

Ich musste wieder schmunzeln, als der Stadtpräsident die Schlechtmachung unserer Stadt an allen Orten gerügt hat. Da reagiert der Stadtrat wieder ein wenig empfindlich. Ich will auch nicht als "schrullig" gelten. Immerhin sind wir eine Stadt des Rheins und die Stadt mag ein wenig eigen sein. Das ist ja gut. Bei uns wird gemotzt, wir finden immer zuerst alles nicht gut, dann gibt es einen Meinungsumschwung und man findet es gut. Die SchaffhauserInnen sind nicht "a priori" Miesmacher. Dank der Wohn- und Lebensqualität sind sie ein munteres Völkchen, sonst wäre ich auch nicht mehr hier.

Selbstverständlich müssen wir alles daran setzen, genügend Leute in der Stadt zu halten. Bei dieser Gelegenheit erinnere ich Sie an die Prognose von Professor Kneschaurek, welche eine Bevölkerungszahl für Schaffhausen von 75'000 voraussagte. Diese Entwicklung ist nicht so gekommen. Die Globalisierung ist zwischenzeitlich eingetroffen und zieht eine starke Mobilität mit sich. Ich kenne viele junge Leute, gute Berufsleute, denen es egal ist, wo sie wohnen. Wenn eine Familie gegründet wird, werden Steuern und Baulandpreise wichtig. Aber die jungen Leute zwischen 20 und 30 gehen fort, und wenn sie eine gute Stelle in der Nähe von Uster oder Thun oder irgendwo finden, dann bleiben sie halt. Sie können ja dort arbeiten, gleichzeitig trotzdem noch ein Bein in Schaffhausen halten. Kantons- und Gemeindegrenzen sind in diesem Sinne keine Grenzen mehr.

Die Lösungsstrategie des Stadtrates gemäss Klausurtagung 2001 ist gut. Ich würde nie den SR deswegen kritisieren. Er will dies alles zusammen mit dem Regierungsrat umsetzen. Aber erwarten Sie nicht zu viel. Sie können 10 Massnahmen umsetzen, trotzdem glaube ich nicht, dass die Leute in Scharen nach Schaffhausen zurück kehren werden, da sie überall gut leben können. Bei den Steuern figuriert Schaffhausen in der Mitte. Die Löhne sind allerdings noch sehr unterschiedlich. Wenn man da noch mit den Sozialpartnern sprechen und die Gewerkschaften auch mit in die Diskussion einbeziehen würde - der Stadtpräsident hat wieder nur von der Industrievereinigung und vom Gewerbeverband gesprochen -, könnte man vielleicht auch hier zu Lösungen kommen.

Mein Problem bei beiden Vorstössen und der ganzen Diskussion ist, dass wir keine Grenzen mehr haben. Wir können niemanden zurück halten oder beim Wegzug hindern, und wir können niemanden zwingen, nach Schaffhausen zu kommen."

Gertrud Walch (SVP)

Votum *

"Christian Hablützel spricht den Bevölkerungsrückgang in der Stadt SH an. Christian Meister wünscht Wohnortmarketing für die Stadt SH und Thomas Hauser will Auskunft über die Ausgaben bei der Sozialhilfe. Ich denke, diese drei Sachen sind miteinander verknüpft.

Die Bevölkerung von Schaffhausen nimmt ab - übrigens auch die Bevölkerung von Neuhausen, im Reiat (mit Merishausen, Barga, Büttenhardt, Opfertshofen, Altdorf, Hofen, Bibern und Barzheim) und im Klettgau. Hingegen nehmen die Gemeinden in der Agglomeration bevölkerungsmässig zu (Guntmadingen, Beringen, Löhningen, Hemmental, Lohn, Stetten, Thayngen, Dörflingen). Ebenfalls eine Zunahme zu verzeichnen haben die Gemeinden im oberen und unteren Kantonsteil (Stein am Rhein, Hemishofen, Buch, Ramsen und Buchberg, Rüdlingen).

Innerhalb der letzten 4 Jahre (also vom Dezember 1996 bis 2000) sind aus der Stadt SH über 1000 Personen weggezogen.

Damit man nun eindeutige Folgerungen ziehen könnte, müssten wir in der Stadt und im Kanton detaillierte Statistiken haben. Diese fehlen aber. Zum Beispiel wäre es nützlich zu wissen, welche Gruppe SteuerzahlerInnen wegzieht. Es wäre auch sehr wichtig, dass wir ständig Vergleichsstatistiken mit andern Städten und Kantonshauptorten hätten; dies nicht nur über die Wohnbevölkerung. Für mich sind solche in den Referaten und Departementen selbst erstellten Statistiken prioritär. Sie kommen bei mir vor dem Wohnortmarketing, und sie sollten für alle BewohnerInnen ersichtlich sein. Das Produkt muss zuerst stimmen, bevor wir es vermarkten.

An der Mietzinshöhe kann es nicht liegen, dass die BewohnerInnen unsere Stadt und unsern Kanton verlassen. Der Mietzins ist unterdurchschnittlich niedrig. Trotzdem haben wir einen äusserst hohen Leerwohnungsbestand. Der Kanton Schaffhausen weist prozentual die zweithöchste Leerstandsziffer der Schweiz an Miet- und Eigentumswohnungen sowie an Einfamilienhäusern auf (laut Eigentümerverband Schaffhausen vom März 2001). An den Baulandpreisen kann es auch nicht liegen.

Die Abwanderung geschieht über den Rhein in den steuergünstigen Kanton Zürich und wohl auch in die relativ steuergünstigen Agglomerationen von SH. Es ist schon augenfällig, wie in Feuerthalen ganze Quartiere entstehen, so am Ende des Kirchwegs und im Chilchenacker.

Ich erinnere daran, dass die Junge SVP des Kantons Schaffhausen schon im letzten Jahr mit einer Steuersenkungsinitiative für den Kanton Schaffhausen begonnen hat. Ihre Forderung ist: Senkung der Kantonssteuern in fünf Jahren um 5% für jede/n SteuerzahlerIn. Ich bin froh, dass der Stadtrat eine Steuersenkung plant, dass die SVP/EDU, FDP und CVP diese ebenfalls wünschen. Und ich nehme mit Freude zur Kenntnis, dass sogar die SP der Stadt Schaffhausen im Communiqué vom 19. April 2001 in den SN Handlungsbedarf bei der Steuerbelastung natürlicher Personen anerkennt und mittelfristig Hand bietet für eine Attraktivierung des Steuerklimas. Auch der Kanton Schaffhausen spricht von Steuersenkung. Der Kanton Zürich verbessert sich Jahr für Jahr hinsichtlich der Steuerlast. René Steiner hat am 31. Mai 2001 im Schaffhauser Bock mit dem Titel: *"Bevölkerungsentwicklung und Steuerbelastung hängen zusammen. Schaffhauser Bevölkerungs-Stagnation wird dramatisch"* nachgedoppelt. Er startete deshalb eine Petition für eine Steuersenkung von 10 Prozent.

Für mich braucht es nicht nur einfach eine Zunahme der Bevölkerung um jeden Preis. Kurzfristig mag ja die Rechnung aufgehen, dass gut verdienende ZuzügerInnen der Stadt Schaffhausen Steuereinnahmen bringen und auch Beiträge an die AHV zahlen würden. Aber es gibt auch andere Gesichtspunkte.

Wir haben nicht unbeschränkt Land. Jeder will heute viel Wohnraum. Wir haben zwar Wohnraum, aber der ist nicht allen Leuten genehm. Es braucht also anderen Wohnraum. Kaum sind die wenigen Grüengebiete, die es noch in der Stadt hat, überbaut, braucht es neue Schulhäuser, das bringt zwar dem Gewerbe Arbeit, aber es bringt auch Kosten für die Kommunen. Langfristig gesehen bleibt unter dem Strich wohl kaum wahnsinnig viel übrig. Dies sehe ich in den Gemeinden Wilchingen und Oberhallau - wo ich Einblick habe -, die neue Wohnquartiere haben, die Schulhauserweiterungen vornehmen und Mehrzweckgebäude erbauen mussten und die jetzt finanziell nicht gerade gut da stehen.

Ich wäre deshalb schon froh, wenn die guten SteuerzahlerInnen SH nicht verlassen würden. Leider ist es jetzt schon so, dass viele Kaderleute von juristischen Personen, die von unseren tiefen Holding-Steuern profitieren, in Feuerthalen, Flurlingen oder Dachsen und Uhwiesen ihren Wohnsitz haben. Könnte man diese nicht wieder zur Wohnsitznahme in der Stadt oder mindestens im Kanton SH bewegen?

Nun noch zu einigen Zahlen:

Die Stadt Schaffhausen erhebt für ein mittleres Vermögen die vierthöchsten Steuern aller Kantonshauptorte, rund 1/3 mehr als der schweizerische Durchschnitt.

Auch die Steuer für mittlere Einkommen in Schaffhausen ist um mehr als 1/3 höher als in der Stadt Zürich und 68 % höher als Zug.

Wir kennen ja zudem noch die höheren Löhne, die im Kanton Zürich zusätzlich bezahlt werden. (Bilanz November 2000).

Diesen Trend der Abwanderung über den Rhein und der vermehrten Sozialausgaben müssen wir nicht noch verstärken, sondern verkleinern! Das beginnt mit einer kleinen Steuerentlastung, die regelmässig weitergeführt werden soll und einem kontinuierlichen Abbau der Schulden. Dieses Signal bewirkt sicher so viel wie jedes noch so gut gemeinte Wohnortmarketing, das wo möglich noch die falschen Leute anzieht.

Zudem gibt es in jedem Referat Ausgaben, die reduziert werden können oder gar nicht entstehen müssen. Jedes Departement, jedes Referat kann dies am besten selbst bestimmen. Es soll nicht an den essentiellen Ausgaben gespart werden. Es geht uns ja im kleinen auch so. Wenn wir ein volles Portemonnaie haben, dann gehen wir mit dem Geld grosszügiger um, als wenn es nicht prall gefüllt ist. Aber wenn wir den Rahmen der Ausgaben nicht vorgeben oder etwas begrenzen, dann laufen wir immer wieder Gefahr, dass die Gelder, die der Stadt und dem Kanton von den SteuerzahlerInnen anvertraut wurden, etwas leicht ausgegeben werden. Es muss versucht werden, eine ausgeglichene Rechnung zu bekommen, die es uns auch erlaubt, Schulden abzubezahlen. Jeden Tag müssen in der Stadt Schaffhausen über 10`000 Franken an Zinsen aufgebracht werden. Damit ist noch keine Schuld abbezahlt. Wir wissen, dass die Schuld Ende 2000 141 Millionen Franken betrug. Es darf ja nicht sein, dass wir hohe Steuern und erst noch eine hohe Verschuldung haben.

Mit dem heute eingereichten Vorstoss der bürgerlichen Fraktionsgemeinschaft sollten wir die Abwanderung vermindern können. Doppelspurigkeiten sollen angegangen werden. Wenn wir dies erreicht haben, werden wir und die Medien sicher auch sehr gerne darüber positiv berichten. Ich bin zuversichtlich."

Edgar Mittler (FDP)

Votum

"Grundsätzlich bin ich erfreut, wenn nun allmählich auch bei der SP die Erkenntnis reift, dass gegen den Bevölkerungsrückgang dringend etwas zu unternehmen ist. Besonders gefreut hat mich die Aussage von Bea Hauser, dass für junge Leute, wenn sie eine Familie gründen, die Steuerfrage und die Baulandpreise sehr wichtig seien. Allerdings bin ich doch etwas verwundert, dass ausgerechnet die SP die leer stehenden Wohnungen und Häuser füllen will. Hat nicht die SP bei allen politischen Auseinandersetzungen, welche die Förderung des Wohneigentums betrafen und die eine Attraktivierung unserer Stadt für NeuzuzügerInnen bedeutet hätte, den Exponenten der Hauseigentümer immer wieder Steine in den Weg gelegt? Sind es nicht auch wieder die Linksparteien, welche beim Energiegesetz, das zur Zeit in der Beratung steht, die Forderung höher schrauben wollen als der Bund oder andere Kantone? Man muss sich deshalb ernsthaft fragen, was für Leute die SP mit Marketingstrategien in den Kanton Schaffhausen locken will.

Der auch nicht besonders begüterte Kanton Solothurn will gemäss SN vom 23. März 2001 mittlere und höhere Einkommen entlasten, um gut verdienende Steuerzahler anzulocken. Dass dies nun auch der Schaffhauser Regierungsrat beabsichtigt, ist sehr löblich. Nachdem auch die stark steigenden Sozialausgaben zu einer massiven Belastung des städtischen Haushaltes geführt haben, dürfte es klar sein, dass es uns vor allem an guten Steuerzahlern mangelt. Wie man diese in die Region Schaffhausen bringt, hat mir GrSR Hablützel nicht erklären können.

Ich erlaube mir deshalb, einige Forderungen zu wiederholen, die leider kaum auf offene Ohren auf Ihrer Seite stossen werden. Die Steuerrückstand zum Kanton Zürich ist schrittweise abzubauen. Die geplante Steuerfuss-Reduktion in der Stadt Schaffhausen ist notwendig und wichtig und zwar nicht nur 3, sondern mindestens 5 Prozent. Ein ähnlicher Schritt ist auch durch den Kanton zu vollziehen. In verschiedenen Bereichen wie z.B. Bauämter, Spitäler, Steuerwesen usw. sind Über- und Doppelverwaltungen abzubauen. Der öffentliche und der private Verkehr sind nebeneinander und nicht gegeneinander zu fördern. Beim Galgenbuck-Tunnel haben Sie zwar halbherzig Ja gesagt, aber dieses Ja muss dann auch Bestand haben, wenn die Stunde der Wahrheit kommt. In der ganzen Schweiz werden positive und negative Signale aus Schaffhausen aufgenommen. Positiv waren sicher die auf höchstens 70% der Marktmiete reduzierte Eigenmietwert-Besteuerung und die Abschaffung der Erbschaftssteuer. Auch dies gehört zur Attraktivierung des Wohnkantons und der Stadt Schaffhausen. Negativ aufgenommen werden Verhinderungspolitik, Kleinkrämerei oder z.B. jahrzehntelanges Geplänkel bei zukunftsgerichteten Projekten wie dem Herrenacker, dem Galgenbuck-Tunnel usw. Probleme lassen sich eben nicht mit Schlagwörtern lösen, Marketing findet täglich und oft unbewusst statt. Marketing lässt sich auch nicht einfach an die Regierung delegieren. Beim Marketing für die Region Schaffhausen werden wir Bürgerlichen die SP in Pflicht nehmen, wenn es bei konkreten Entscheidungen darum geht, unsere Stadt zu attraktivieren. Ich denke da zum Beispiel an die Sackgebühr, an den Verkauf von entbehrlichen Liegenschaften, an eine Steuerfuss-Senkung oder an das WOV.

Zum Thema Bauordnung möchte ich doch noch mit auf den Weg geben, dass wir dort wirklich die Grösse haben müssen, dass alte "Chrääzen", die nicht mehr zu vermieten sind, zügig abgerissen werden und durch grosszügige, mit hohem Standard versehene Wohnhäuser an guter Wohnlage ersetzt werden dürfen.

Auch die Erschliessung bzw. Umzonung von an guter Lage liegenden Grundstücken darf kein Tabu sein. Das soll in Zukunft möglich sein."

Bernhard Egli (OeBS) Votum

"Was ich vorbereitet habe, passt nicht mehr in die Diskussion, daher muss ich jetzt improvisieren. Die Ausführungen von Stadtpräsident Wenger waren so gut, dass schon sehr viel erledigt ist. Wesentlich ist, dass man bei der Problematik des Bevölkerungsrückgangs die Sache umfassend anschaut - sicher nicht nur aus dem Blickwinkel der Steuergelder. Der Stadtpräsident hat das vorbildlich getan. Die zitierte Untersuchung der Einwohnerkontrolle spricht hierzu Bände.

Als wichtigsten Grund (31 %) werden in diesem Zeitraum berufliche Gründe genannt, an zweiter Stelle folgt mit 28 % das attraktivere Wohnangebot ausserhalb von Schaffhausen, an dritter Stelle folgen je mit 11 % die kinderfreundliche Umgebung und die Mietpreise, gefolgt von Steuergründen mit 10 %. Als weitere Gründe werden unter anderem genannt: Familie, soziales Umfeld und weitere.

Es ist gefährlich, wenn man jetzt alles am Steuerfuss aufhängt, dann geht es sicher nicht gut. Was passiert, wenn Einfaltspinsel in die Taste greifen? Dies wurde auch schon angetönt. Das Resultat lässt sich sehen - Beispiel *Schaffhauser Bock vom 31. Mai 2001*. Als erstes steht da: Nummer 1 49'000 WEMF-Leser. Meine Hochachtung vor den Frauen, anscheinend liest keine einzige Frau den *Schaffhauser Bock*. Scheinbar herrscht da "null Bock" auf den Bock. Ich zitiere weiter: "Schaffhauser Bevölkerungs-Stagnation wird dramatisch." In Zug wäre es optimal zu wohnen, oder wenn Schaffhausen doch nur Dachsen wäre - munterer bis explosionsartiger Bevölkerungszuwachs, tiefe Steuern.

Wenn man die Zahlen sieht, so ist es sehr "schön", wenn man 15% Bevölkerungswachstum aufweisen kann - wenn man nur an die Folgekosten denkt. Wir wollen alle dasselbe, einen kleinen, gesunden Zuwachs.

Wir haben gewisse Ausgaben. Wollen wir die Kantonsschule, die Musikschule, das Stadttheater, das Museum oder die KSS schliessen, die VBSH verschrotten? Wollen wir auf das muntere Altstadtreiben verzichten mit all den vielen Läden? Das könnte man machen. Wenn wir dies tun würden, könnte man vielleicht nicht nur 10% Steuern sparen, sondern vielleicht 11%. Wenn wir etwas konsumieren wollen, fahren wir in das Einkaufszentrum Herblingen, falls es dies dann noch gibt, oder nach Feuerthalen, Winterthur, Zürich oder Singen. Auf dieses unzivilisierte Schreckens-Szenario, auf diese Steiner'sche Steinzeit will ich verzichten. Wir müssen einen gesunden Mix finden. Wenn man das Angebot der Stadt bei einer 3%-Steuerreduktion noch finanzieren kann, ist dies eine Variante. Was der Regierungsrat beabsichtigt, ist wahrscheinlich eine nicht ungefährliche Variante. Wichtig ist, dass die Stadt agieren kann und wir ihr nicht die nötigen Mittel entziehen.

Ich bin der Ansicht, dass ein wichtiges Element nicht die Steuern sind, sondern das Wohnangebot. Mit der Revision des Zonenplanes und der Bauordnung bieten sich gewisse Möglichkeiten an (Schleifen von alten "Chrääzen", Erstellen von Ersatzbauten in einem raschen, unkomplizierter Verfahren). So kann man mehr heraus holen. Gleichwohl: Man kann mit den Grünen Verschiedenes machen. Aber wenn man z.B. die Rheinhalde, welche einmal Bauzone war und die man mit einem Aufwand von 10 oder 12 Mio Franken ausgezont hat, wieder einzonen würde - auch wenn man jede Parzelle für eine halbe Mio Franken verkaufen könnte -, das würde nicht drin liegen."

Ein Zwischenruf aus dem Plenum "Warum nicht?" veranlasst den Votanten zur folgenden Äusserung: "Das kann ich Ihnen in Bezug auf den Galgenbuck-Tunnel sagen: weil dieser weder wirtschaftlich noch finanzpolitisch bezahlbar ist. Der Effekt dieses Tunnels für die Region ist gering. Der Transitverkehr wird dadurch etwas beschleunigt. Die Frage ist, wie Sie das neue, zukünftige Gewerbe- und Industriegebiet Neuhausen/Jestetten anschliessen wollen - einen Kreislauf im Tunnel drin? Das liegt quer zum Galgenbuck-Tunnel. Wir müssen die Verkehrsprobleme anders angehen, z.B. mit Bahnunterführungen in der Kreuzstrasse/Zollstrasse und in der Enge. Es gibt andere Möglichkeiten. Der Galgenbuck-Tunnel ist ein Loch, wo wir unser Geld drin verlocken."

Ernst Spengler (SVP) Votum

"Wir haben in der Diskussion gehört, dass in Feuerthalen ganze Quartiere neu entstehen. Das ist einfach zu erklären. Dort wird das Bauland offenbar zur Verfügung gestellt und nicht gehortet."

Christian Hablützel (SP) Votum

"Ich habe Freude unter verschiedenen Aspekten. Es ist eine politische Diskussion jetzt in Gang gekommen. Da muss ich besonders dem Stadtpräsidenten ein Kränzchen winden. Wenn er eine Frau wäre, würde ich ihm Rosen schenken. Ich bin sehr erfreut über seine Antwort und die differenzierte Betrachtungsweise, die da zu Tage kommt. Wenn der Stadtrat auf diesem Weg an die Massnahmenplanung geht, dann kann er mit unserer Unterstützung rechnen, wir werden Diskussionen führen, das ist klar. Aber die Probleme sind erkannt und die richtigen Fragen sind gestellt."

Jetzt möchte ich doch noch etwas zur bürgerlichen Ratsseite sagen. Ich muss schon staunen, mit welcher Vehemenz Sie die linke Ratsseite als Verhinderer kritisieren und eine Differenzierung verlangen. Wenn ich Ihnen genau zuhöre, dann sind Sie eine Einthemen-Partei geworden. Ihre Rundum-Schläge zielen auf ein einziges Thema, nämlich Steuersenkung. So wird man die Probleme nicht lösen. Ich darf daran erinnern, dass seit der Abschaffung der Erbschaftssteuer der Exodus begonnen hat. Ich will das nicht in einen Kausalzusammenhang bringen, aber die Abschaffung der Erbschaftssteuer hat überhaupt nicht verhindert, dass Abwanderungen passiert sind. Da müssen wir vorsichtig damit umgehen."

Ich habe gestern Abend TV geschaut. Ich möchte Ihnen diese Bemerkung nicht vorenthalten. Da hat der Präsident des "Welt-Wirtschafts-Forums" gesagt: "Die Marktwirtschaft eignet sich nur, um privaten Reichtum zu schaffen und sie privilegiert die Besitzenden. Um allgemeinen Reichtum zu schaffen, brauchen wir andere Konzepte und andere Instrumente und eine öffentliche Diskussion."

Wenn wir jetzt in die Zukunft gehen und versuchen, den Standort Schaffhausen zu stärken, müssen wir auf beiden Schienen eine ausgewogene Diskussion führen. Wir dürfen nicht vergessen, dass sich die SteuerzahlerInnen - die "normalen" Menschen mit ihrem Lohnausweis - zu Tode ärgern in dieser Stadt, wenn in den Schlagzeilen der Zeitungen dauernd steht, jetzt werden sofort die Reichen gehätschelt. Die müssen sich als dumm vorkommen, weil nämlich jedermann weiss - und damit schliesse ich mein Votum -, dass - wenn alle Menschen in dieser Stadt Steuern zahlen würden wie diejenigen mit dem Lohnausweis - wir den Steuerfuss ohne Einnahmenverlust um 15 - 20% senken könnten. Aber da wehren sich die

Bürgerlichen immer, wenn man sagt, im Steuerbereich sollte man Kapazitäten schaffen, um das Steuersystem, so wie es jetzt ist, auch durchzusetzen."

Peter Käppler (SP) Votum

"Ich habe mir als erstes das Wort *Selbstbewusstsein* aufgeschrieben, das uns manchmal fehlt. Der Stadtpräsident hat uns in seinem Votum dargestellt, wie es eben sein könnte, wie man sich positiv darstellen könnte. Das hat mich ein wenig mutiger gestimmt. Ich bin jetzt ein wenig enttäuscht worden, weil die alten Grabenkämpfe wieder auferstanden sind. Das bringt uns nicht zum Ziel. Wir haben jetzt sehr viele Sachen aufgelistet, was die Gründe sein könnten, weshalb jemand abwandert oder zuzieht. Bernhard Egli hat vorhin mit Recht erwähnt, dass die Steuern nicht der einzige Grund sind.

Noch ein Wort zu den wunderschönen Vorstellungen von GrSR Walch, dass man die Steuern senken und gleichzeitig die Schulden abbauen kann. Irgendwo hat es einen Haken. Die eierlegende Wollmilch-Sau ist noch nicht erfunden. Wir müssen uns überlegen, ob wir auf quantitatives oder qualitatives Wachstum setzen wollen. Wir sind auf dem richtigen Weg, wenn wir auf die Qualität setzen. Dafür hat sich die SP schon immer stark gemacht. Darum haben wir gewisse Vorbehalte. Wenn z.B. grössere Verkehrskapazität gefordert wird, führt dies wieder zu mehr Lärm usw. Wir haben uns schon immer für eine höhere Wohnlichkeit in den Quartieren mit Tempo 30 usw. eingesetzt. Das ist halt unsere Philosophie. Es muss das Ziel sein, zu schauen, welche Gemeinsamkeiten wir einbringen können, damit wir die Stadt vorwärts bringen.

Das Raumplanerische wurde ebenfalls angeschnitten. Die Gemeinde Dachsen hat es sich sehr einfach gemacht. Sie hat ein grosses Quartier beim Bahnhof einzonen können, welches überbaut werden konnte. Während sich die Stadt Schaffhausen immer bemüht hat, die raumplanerischen Vorgaben des Bundes einzuhalten, ist dies m.E. in Dachsen nicht unbedingt passiert. Der Zuwachs von 271 Personen innerhalb von 10 Jahren ist nicht so wahnsinnig viel. Auch der Zuwachs von Feuerthalen mit 88 Personen innerhalb von 10 Jahren hält sich in Grenzen.

Es kann gesagt werden, dass Schaffhausen von Kennern gesamthaft als sehr attraktiv empfunden wird. Aber es muss natürlich auch ein vernünftiger Weg zur Arbeit möglich sein. Hier kann ich die Bemühungen des Stadtpräsidenten unterstützen, dass die Verkehrsverbindungen nach Zürich und auch nach Winterthur verbessert werden. Es darf nicht vergessen werden, dass wir im Kanton bezüglich öV ungenügend erschlossen sind. Gerade die schlechte Anbindung des Klettgau zwingt viele Arbeitnehmende, mit dem Auto nach Neuhausen oder Schaffhausen zu fahren. Auch hier muss unbedingt etwas verbessert werden.

Ich würde mich freuen, wenn wir alle im gleichen Boot sitzen würden, wenn es darum geht, via Vorstösse auf Kantonebene eine angemessene finanzielle Entlastung der Stadt von den Zentrumslasten zu erreichen.

Die Gemeinden Feuerthalen, Flurlingen, Uhwiesen, Dachsen profitieren im sog. "Speckgürtel" ebenfalls von den Leistungen der Stadt Schaffhausen. Hier fehlt noch das politische Instrument, um diese Zürcher Kommunen zu einer finanziellen Abgeltung zu bewegen. Hier müsste auf Bundesebene eine Lösung gefunden werden."

Iren Eichenberger, 1. Vizepräsidentin Votum

"Christian Hablützel hat mir soeben mit seinem zweiten Votum aus dem Herzen gesprochen. Ich möchte nur noch eines anfügen: Das Wohnraumerhaltungs-Gesetz wurde mehrfach als Wurzel allen Übels genannt. Es ist aber kaum 10 Jahre her, dass das Wohnen in Schaffhausen vielen Leuten wirklich weh tat. Übrigens der SVP-Sozialreferent hat damals sogar Wohnungszuschüsse "erfunden". Viele Familien konnten sich Tausend Franken und mehr bei den Mieten kaum leisten. Selbst das Gewerbe nicht. Manche Metzgerei wurde von den jetzt viel gepriesenen institutionellen Anlegern vertrieben. Darum war eine gesetzliche Massnahme durchaus am Platz und wurde vom Volk auch verstanden. Dass heute eine gewisse Flexibilität nötig ist, dagegen sperrt sich niemand. Im übrigen glaube ich nach den umfangreichen Ausführungen der RednerInnen sowohl der rechten als auch der linken Ratsseite auch nicht an die Ideallösung. Wir müssen uns mit bescheidenen Schritten unter Einbezug verschiedenster Massnahmen zufrieden geben. Nur darf dabei das Gleichgewicht zwischen Ökonomie und Lebensqualität nicht aus den Angeln fallen.

Zum Thema Ansiedlung fragen Sie vielleicht am besten unseren Fledermaus-Experten Hansueli Alder. Seine Population gedeiht nämlich prächtig. Vielleicht hat er auch Empfehlungen hinsichtlich unserer Ansiedlungspolitik."

Peter Wullschleger (CVP) Votum

"Als in der Mitte Sitzender habe ich eine komfortable Situation. Ich kann für Steuersenkungen plädieren und die anderen Gründe, welche zum Wegzug und zur Abwanderung führen, auch nicht aus den Augen lassen. Selbst auf die Gefahr hin, dass mich der Stadtpräsident nachher als "Miese peter" bezeichnet, möchte ich doch einige Bemerkungen anbringen. Zwei relativ harmlose Interpellationen mit 6 konkreten Fragen haben den Stadtpräsidenten dazu gebracht, ein eigentliches Legislatur-Programm vorzustellen. So sehr ich das begrüsse, hätte ich es eigentlich geschätzt, wenn der Stadtrat unabhängig von diesen beiden Vorstössen Hablützel und Meister uns vielleicht einmal gezeigt hätte, wo er strategische Handlungsfelder in seiner Tätigkeit sieht. Letztlich hätte ich mir also eine etwas konkretere Beantwortung dieser Fragen gewünscht, um so mehr als ein Papier existiert, eine kleine Erhebung der Einwohnerkontrolle, welche in der Tat interessante Aussagen macht. Bernhard Egli hat das schon erwähnt. Hier fällt mir auf, dass die Hauptgründe nicht - wie das vielleicht anzunehmen wäre - bei den Steuern liegen, obwohl das auch ein wichtiger Grund ist und zahlenmässig belegt wird, sondern beim attraktiven Wohnungsangebot und bei beruflichen Gründen. Diese beiden Hauptgründe, welche ca. 50% der Aussagen ausmachten, decken sich natürlich mit der Feststellung, dass eine gewisse Altersgruppe hauptsächlich die Stadt verlässt. Das sind die Leute, welche beruflich in der Karriere stehen oder eine Familie aufbauen. Da fehlt dann plötzlich der gute Wohnraum und es fehlen dann vielleicht auch die interessanten Stellen in Schaffhausen, worauf die Wirtschaftsförderung relativ wenig Einfluss hat.

Ich möchte also zum Punkt Wohnraum sprechen. Da wurde im Rat gesagt, dass man auf die Zonenplan-Revision hoffe. Da habe ich schon gewisse Bedenken. Ich habe mich einmal kurz mit dieser Materie befasst, und ich sehe nicht, wo solchen Leuten Wohnraum günstig zur Verfügung gestellt werden könnte, um eben dieser Abwanderung entgegen zu wirken. Der Wohnraum, der da eingezont wird - ich möchte den Begriff horten nicht verwenden - ist grösstenteils nicht auf dem Markt.

Was ich zu diesen statistischen Erhebungen noch sagen möchte: Christian Hablützel hat es gesagt, mit der Abschaffung der Erbschaftssteuer hat man eigentlich ausgelöst, dass die Abwanderung begonnen hat. Statistisch können Sie das belegen. Sie können statistisch auch belegen, dass der Storch die Kinder bringt. Seit es keine Störche mehr hat, haben auch die Geburten abgenommen. Deshalb ist es wichtig, dass diese Zahlen genau interpretiert werden, damit man auch die richtigen Massnahmen an die Hand nimmt. Das ist mir zum Schluss von entscheidender Bedeutung, dass ich das dem Stadtrat mitgeben kann. Wir können nämlich hier in der Diskussion diesen oder jenen gedanklichen Ansatz bringen. Aber niemand hat sich mit diesen Zahlen derart fundiert auseinandergesetzt, dass man jetzt sagen kann, dass dies das richtige Rezept wäre. Wenn wir schon bei den statistischen Zahlen sind - der Stadtpräsident hat gesagt, er hätte die Zahlen der 50 aufgelisteten Städte, welche dem Rat heute ausgehändigt wurden, wirklich nicht selbst gefälscht - so weist diese Liste wirklich einen Fehler auf. Die Städte Reinach BL, Montreux, La Chaux-de-Fonds und Wettingen weisen 1999 weniger EinwohnerInnen als 1990 aus und figurieren bei der prozentualen Veränderung gleichwohl im Plus."

Kurt Zubler (SP)

Votum

"Nachdem wir erfreulich viele gute und spannende, aber auch weniger gute und weniger spannende Vorschläge zum Thema gehört haben, ist mir leider aufgefallen, wie unsere ausländischen MitbürgerInnen fast nur als Problem geschildert wurden. Aus diesem Grund scheint es mir angebracht, den Blick etwas weiter zu fassen und die Bevölkerungssituation der Schweiz insgesamt zu betrachten. Wenn wir nämlich eine Trendumkehr beim Bevölkerungswachstum herbeiführen und dabei nicht ins Gaukeln verfallen wollen, schadet es nicht, sich der tatsächlichen Situation bewusst zu werden. Zu diesem Zwecke möchte ich Ihnen ein paar Stellen aus dem statistischen Jahrbuch der Schweiz des Jahres 2000 näher führen. In einem zusammenfassenden Abschnitt heisst es unter: *Ein Blick in die Zukunft: "Wie sich die Bevölkerung und die Lebensformen in Zukunft entwickeln werden, kann niemand mit Sicherheit voraus sagen. Aber gerade im demographischen Bereich gibt es einige harte Trends, die trotz gewisser Spielräume kaum umkehrbar sind, nämlich Übergang vom Bevölkerungswachstum zu stabilen bis leicht rückläufigen Bevölkerungszahlen. Abnehmende Geburtenzahlen und eine durch die Altersstruktur bedingte Zunahme der Sterbefälle führen bereits heute zu einem Sterbeüberschuss im schweizerischen Bevölkerungsteil. Die Geburtenüberschüsse des ausländischen Bevölkerungsteils werden vorläufig positiv bleiben. Wie weit diese Zahl abnehmen wird, hängt nicht zuletzt vom Anteil der EinwohnerInnen nicht europäischer Herkunft ab, deren Geburtenrate heute relativ hoch ist."*

Ein Wachstum der Bevölkerung in der Schweiz wird seit den 80er Jahren vor allem durch Zuwanderung und Geburtenüberschuss der Ausländer bewirkt. Es betrug übrigens in den 80er Jahren durchschnittlich 0,6 und in den 90er Jahren durchschnittlich 0,7%. Seit Mitte der 90er Jahre wächst der schweizerische Bevölkerungsteil fast nur durch Einbürgerungen, der Geburtenüberschuss der schweizerischen Bevölkerung ist seit den späten 90er Jahren rückläufig. d.h. negativ. Die ausländische Bevölkerung verbringt ihren Lebensabend häufig in ihrer Heimat, weshalb im älteren Bevölkerungssegment der Bevölkerungsanteil der Ausländer tiefer ist (pro 1000 EinwohnerInnen gibt es 3,1 Sterbefälle unter den AusländerInnen und 10,1 Sterbefälle unter den SchweizerInnen).

Der Einwanderungs- und Geburtenüberschuss der Ausländer bremst also die Alterung der Gesamtbevölkerung in der Schweiz.

Ein Fazit ist deshalb: Lassen Sie uns die Optik etwas ändern. Kommen wir doch weg vom Defizitansatz und ändern wir die Blickweise in Richtung Potenzial. Nutzen wir das Potenzial unserer ausländischen Bevölkerung. Richtig betrachtet liegt bei den AusländerInnen und insbesondere bei deren Kinder ein guter Teil unserer Zukunft. Kürzlich stand in der "Rheinfall Woche", dass in Neuhausen 46% der Unterstufen-Kinder ausländischer Muttersprache sind. Das wird als Problem bezeichnet. Es heisst aber andererseits, wenn Neuhausen diese Kinder der ausländischen Bevölkerung nicht hätte, hätte die Gemeinde ein noch viel grösseres Problem.

Ich möchte Sie deshalb aufrufen, nebst all den interessanten Massnahmen, die Sie jetzt vorgeschlagen haben - Wohnortmarketing usw., - vor allem auch Massnahmen für eine bessere Integration der ausländischen Bevölkerung zu ergreifen. Lancieren Sie eine Integrations- und Bildungsinitiative für unsere ausländischen MitbürgerInnen. Damit fördern und pflegen wir ein Potenzial in unserer Bevölkerung und machen der Bevölkerung nichts vor mit unrealistischen Zuwanderungs-Bewegungen, die vor allem Reiche, junge und kinderreiche Familien im Auge haben, die es so leider in der Schweiz immer weniger gibt."

Bea Hauser (SP)

Votum

"Ich muss noch etwas zu Edi Mittler sagen. Sein Votum war äusserst monothematisch. Wie Christian Hablützel gesagt hat, höre auch ich nichts anderes als Steuern, Steuern, Steuern. Ich muss Sie daran erinnern - damals war ich aktiv dabei, weil ich dagegen war -, dass Ihre Partei, die FDP des Kantons Schaffhausen, damals gesagt hat: "Wenn die Erbschaftssteuer abgeschafft wird, erwarten wir X Leute, die über eine Mio Franken Vermögen haben. Sie wissen genau, dass dieser Zuzug nicht passiert ist. Dass Parkhäuser zukunftsgerichtet sein sollen, ist mir schleierhaft. Ich sehe nichts Zukunftsgerichtetes in Parkhäusern, wo Sie der SP vorwerfen, sie sei immer dagegen. Die Durchmischung des Angebotes in der Altstadt als Einkaufszentrum ist das A und O. Dass dies nicht mehr stattfindet, hat weiss der Teufel andere Gründe. Wenn ich als Konsumentin, die alles in der Altstadt kauft, in den Fachgeschäften Diverses nicht mehr finde und auf die Grossverteiler ausweichen muss, dann ist das nicht mein Problem.

Zum Thema Galgenbuck-Tunnel muss ich Ihnen folgendes sagen: Der Präsident des Quartiervereins Mühlenen hat letzthin in den SN einen sehr interessanten Leserbrief verfasst. Er hat der SP und den Grünen vorgeworfen, wir kümmern uns nur um die Rettung von Fröschen und deren Laich, nicht jedoch um die Verkehrsproblematik in den Mühlenen. Haben nicht wir in diesem Rat - die SP und die Grünen - vom Stadtrat verlangt, er habe etwas zu tun, der Baureferent müsse die Situation analysieren und etwas ausarbeiten, damit bei einem allfälligen Bau des Galgenbuck-Tunnels die Abnahme des Verkehrs in den Mühlenen sicher gestellt sei? Sie meine Damen und Herren von der FDP fanden das gar keine gute Idee. Aber ich glaube, der Präsident des Quartiervereins Mühlenen ist Mitglied Ihrer Partei. So können Sie ihm das einmal sagen."

Roland Schöttle (FDP)

Votum

"Den Vorwurf, dass die Investoren in Schaffhausen sich nicht um Renovationen oder Unterhalt von Mehrfamilienhäusern kümmern und dadurch diese schlechte Qualität beim Wohnungsangebot besteht, möchte ich korrigieren. Es gibt Investoren in Schaffhausen und zwar aus allen Lagern, Privatinvestoren und Genossenschaften, welche in den letzten Jahren Hunderte von Wohnungen im Rahmen bestehender

Grundrisse saniert und renoviert haben - auch mit Rücksicht auf die bestehende Mieterschaft, auch mit dem Problem des Kapitaldienstes und der sozialen Verantwortung gegenüber älteren, bestehenden Mietern. Die Konsequenz war oft die, dass die Erträge bewusst zurück genommen werden mussten. Es ist unfair, wenn man das so platziert.

Es ist richtig, was vom Stadtpräsidenten gesagt worden ist, dass Schaffhausen ein Strukturproblem hat. Wir haben ein Strukturproblem im Wohnungsangebot. Das rührt nicht zuletzt daher, weil sich das Angebot der Arbeitsstellen in den letzten Jahren massiv verändert hat - von den industriellen Arbeitsplätzen zu den jetzt gesuchten Dienstleistungs-Arbeitsplätzen. Da hinken die zwei Sachen hintereinander her. Da haben wir alle miteinander ein gemeinsames öffentliches Problem. Die Strukturen müssen wir gemeinsam verändern. Die Öffentlichkeit kann ihren Teil dazu beitragen, wenn sie die Rahmenbedingungen möglichst gut gestaltet. Investoren, die solche Projekte tatsächlich angehen wollen oder aus finanziellen Gründen müssen, denen muss man Unterstützung, Support geben und nicht Probleme schaffen. Da appelliere ich daran, dass wir das miteinander über die Parteigrenzen hinweg anpacken.

Noch eine Bemerkung. Setzen Sie sich in die Situation dessen, der neu nach Schaffhausen kommt, sei es aus Zug, aus dem Bündner Land, aus Schweden, Holland oder woher auch immer. Er kommt vielleicht wegen einer Wirtschaftsförderungsmassnahme zu einem neuen Arbeitsplatz in unserer Region. Was machen diese Leute? Sie schauen sich die Gegend an, wo sie hinkommen und sagen Schaffhausen. Sie merken nicht, dass zum Kanton Zürich bzw. zur übrigen Schweiz nur 200 Meter direkter Landanstoss ist, wie das Christian Hablützel so treffend gesagt hat. Sie sehen Schaffhausen irgendwo in einem Zentrum. Sie machen einen Kreisschlag und kommen so tatsächlich in den Kanton TG oder ZH. Dann erkundigen sie sich dort nach der Situation - Wohnwert, Arbeitsweg, Steuersatz. Das sind alles Komponenten, für jemand, der keine Affinität zu Schaffhausen hat, welche für die Wohnortswahl entscheidend sein können - billiger, schneller, besser. Das führt ennet dem Rhein zu Wachstum und bei uns zu Stagnation.

Ich glaube auch, dass wir im Zusammenhang mit der Revision der Bauordnung die Verpflichtung haben, ein zusätzliches, attraktives Angebot an neuem Bauland bereit zu stellen."

Thomas Hauser (FDP) Votum

"Wir haben heute sehr viele Vorschläge gehört, um das Image und die Attraktivität der Stadt Schaffhausen zu verbessern. Diese Vorschläge können in drei Kategorien aufgeteilt werden, in langfristige, mittelfristige und kurzfristige.

Der 20-Minuten-Takt und der Ausbau der Eisenbahn nach Zürich ist eine langfristige Massnahme. Auch attraktives Bauland zur Verfügung stellen, machen wir nicht von heute auf morgen. Dies dürfte wahrscheinlich eine mittelfristige Massnahme sein.

Bei den kurzfristigen Massnahmen müssen wir handeln. Da begreife ich Peter Käppler nicht, der gesagt hat, die Bürgerlichen würden die alten Gräben wieder aufreissen. Eine Steuerfuss-Senkung oder die Einführung von verursachergerechten Kehrichtgebühren können wir von heute auf morgen, d.h. ab 2002 realisieren. Damit erreichen wir, dass wir weniger Steuern bezahlen müssen, dass wir mehr Einnahmen bei der Entsorgung erzielen.

Das sind keine Grabenkämpfe, welche neu entfacht werden. Wir ermuntern die SP, hier mitzuziehen, damit das Kehrichtloch gestopft werden kann und eine Steuerfuss-Senkung realisiert werden kann."

Stadtpräsident Marcel Wenger

"Ich möchte Ihnen für die gute Diskussion auch mit kritischen Tönen danken. Ich möchte mich darauf konzentrieren, ein paar "Highlights" dieser Diskussion zusammen zu fassen. Ein Punkt ist mir klar geworden, den wir immer wieder betonen müssen.

Bernhard Egli hat gesagt, es handle sich um interdisziplinäre Probleme. Es geht um Probleme, welche nicht von einer einzigen Instanz gelöst werden können. Das geht über die hierarchische Stufenleiter Kanton - Gemeinde - Referate der Kommunen (Bildung, Bau und Umwelt, Finanzen, Soziales, Infrastruktur). Das führt dazu, dass wir wahrscheinlich ein Problemlösungsbewusstsein an den Tag legen müssen, das auf Kommunikation sehr grossen Wert legt. Wenn wir in Zukunft Strategien zur Lösung unserer Schwierigkeiten durch die öffentliche Hand erarbeiten, dann sind das Strategien, die nicht einfach, sondern eher kompliziert sind, und die im Gegensatz zu schlagwortartigen, einfachen, monothematischen Rezepten auch schwer zu vermitteln sind bei den StimmbürgerInnen. Das ist ein Punkt, den wir im Hinterkopf behalten müssen, wenn wir dann über diese Themen reden. Bei der Kehrichtsackgebühr müssen wir schauen, dass sie auch sozial verträglich ist. Bei den Steuern müssen wir dafür sorgen, dass wir keine Ungerechtigkeiten schaffen, und die Leute, die arbeiten und nicht zu den Reichen gehören, nicht benachteiligt sind gegenüber den Reichen, die im Grunde nicht wahnsinnig viel arbeiten müssen, weil das Vermögen für sie arbeitet. Das sind Themen, die auch kantonal angepackt werden müssen. Wir müssen gemeinsam mit dem Kanton Lösungen finden.

Jetzt zu den Überlegungen und Chancen, welche aus Ihren Voten heraus gekommen sind.

Christian Meister hat klar gesagt, Ursachenforschung Ja, aber entscheidend seien die richtigen Massnahmen. Ich bin mit ihm einig, die Zeit der Ursachenforschung ist schon da, aber wir müssen jetzt auch handeln.

Wir haben keine Grenzen mehr, hat Bea Hauser gesagt. Das ist eine Chance. Im übertragenen Sinn haben wir auch keine Grenze mehr im Wirtschaftsraum Schaffhausen - Singen. Ich bin überzeugt, dass wir - die Region Schaffhausen - bei den bilateralen Verträgen mittelfristig zu den Gewinnern gehören werden, weil wir vom guten Arbeitskräfte-Potenzial grenzüberschreitend profitieren können. Bei gutem öffentlichem Verkehrsangebot sind die Leute willens, am Wohnort zu bleiben und trotzdem beispielsweise bei uns zu arbeiten, oder allenfalls bei uns zu wohnen und in Zürich zu arbeiten. Das ist eine Chance, die wir nutzen müssen.

Gertrud Walch hat von den Baulandpreisen gesprochen. Es ist so, dass die Baulandpreise in Schaffhausen verglichen mit dem Zürcher Umfeld - das wissen wir auch vom Wirtschaftsförderer - verhältnismässig günstig sind. Wenn Sie eine Parzelle in Schaffhausen für 180 oder 200 Franken kaufen - das kann man heute, wenn der Landbesitzer verkaufswillig ist und einsieht, dass er nicht mehr 600 Franken verlangen kann wie vor 8 Jahren -, dann haben Sie gegenüber Dachsen, Uhwiesen und Feuerthalen einen gewaltigen Vorteil. Diese Chance müssen wir versuchen zu nutzen.

Edi Mittler hat uns daran erinnert, dass Marketing täglich stattfindet, d.h. dass wir kurzfristig Chancen nutzen müssen und deswegen den Handlungsspielraum des Stadtrates beim Land- und Immobilienkredit nicht einschränken dürfen. Ich bin sehr froh über diese Bemerkung.

Ich stelle fest, dass Christian Hablützel zwei Dinge einander gegenüber gestellt hat. Er hat gesagt, generell brauchen wir wahrscheinlich ein Signal bei den Steuern - das habe ich gehört. Auf der anderen Seite brauchen wir auch gewisse Devestitionen, die zugelassen werden könnten, um Signale bei der Reinvestition zu setzen. Ich könnte mir vorstellen, dass ein geschickter Mix in den kommenden Vorlagen dazu führen könnte, dass wir die Differenzen zwischen der rechten und der linken Ratshälfte überbrücken könnten.

Iren Eichenberger, das Wohnraumerhaltungsgesetz - das gebe ich zu - war eine Folge des überrissenen Immobilienbooms der 80-er und 90-er Jahre. Aber es war eben zu lange in Kraft. Das ist das Problem. Ich mag mich gut daran erinnern, wie die IGS im Niklausen versucht hat, diese Blockwohnungen, welche mit grosser Mühe renoviert wurden, einer raschen Renovation zuzuführen. Ich war bei den Verhandlungen dabei, als wir uns um einzelne Abschnitte im Wohnraumerhaltungsgesetz herum drücken mussten. Dieses Gesetz war eine Reaktion auf diese Immobilien-Hausse. Dies war wiederum eine Reaktion auf überrissene Kapitalkonzentrationen im Personalvorsorgebereich.

Peter Wullschleger hat darauf hingewiesen, dass zwei relativ kleine Interpellationen den Stadtrat zu einer grossen Reaktion geführt hätten, um seine Strategie offen zu legen. Ich muss Peter daran erinnern, dass der Stadtrat seine Strategie schon immer im Anschluss an die Klausurtagungen kommuniziert hat. Im übrigen nehmen wir diese beiden Vorstösse sehr ernst, weil sie einen wirklich politischen, strategischen Gehalt haben. Ich mag mich gut an Zeiten erinnern, wo wir hier drinnen über die Anzahl Parkplätze diskutiert haben, für die wir noch nicht einmal einen Nutzer und einen Investor haben. Heute Abend haben wir einmal Strategie und Politik gemacht. Das macht mir persönlich wesentlich mehr Spass, als wenn wir über die Anzahl Parkplätze diskutieren oder darüber, ob der Kreisel einen Radius hat, wo der Doppelstock-Bus noch herum kommt oder nicht. Im übrigen kann ich mit der Kritik gut leben nach dem Motto: "Fühlt der Stapi sich doch munter, Wullschleger holt ihn wieder runter!" Ich möchte hier abschliessen und wünsche Ihnen schöne Ferien."

Christian Meister (SVP) Schlusswort des Interpellanten *

"Zuerst ist es mir ein Anliegen, Marcel Wenger zu danken für die immense Arbeit, die er auf sich genommen hat, um unsere zwei Interpellationen zu beantworten.

Aus einem Rhetorik-Kurs, den ich in früheren Jahren einmal besucht hatte, resultierte die wichtigste Erkenntnis, dass **nicht wahr ist, was A sagt, sondern was B versteht.**

Ich muss mich darum an dieser Stelle selber rüffeln, und ich möchte mich bei Marcel Wenger entschuldigen, dass ich ihm so viel Arbeit bereitet habe, und ich jetzt mit seinen Antworten erst noch nur in Teilen zufrieden bin, weil sie nämlich nicht jene Fragen beantworten, die ich mit meiner Interpellation eigentlich hätte stellen wollen.

Gestatten Sie mir deshalb zum Schluss, die Antworten kurz zu skizzieren, die ich auf meine Fragen erwartet hätte:

Auf die Frage, welche Schritte der Stadtrat zu ergreifen gedenkt, damit die Bevölkerungszahl in der Stadt Schaffhausen wieder ansteigt, hätte ich eigentlich erwartet, dass Sie sagen:

"Wir analysieren die Situation jetzt ganz genau

- welches die Gründe für den Auszug sind
- welche Leute mit welchem Steuereinkommen ausziehen
- warum sie ausziehen.

Dann machen wir einen Steuer- und Gebührenvergleich mit den umliegenden Gemeinden, schauen, wie hoch dort die Mieten sind usw., um genau herauszufinden, inwiefern wir uns von diesen unterscheiden, und in welchen Segmenten wir uns überhaupt verbessern müssten."

Auf die zweite Frage, welche Instrumente und Gremien der Stadtrat allenfalls dafür einzusetzen gedenkt, die zum Ziel haben, die Vorzüge der Stadt Schaffhausen als Wohnort in der Öffentlichkeit der angrenzenden Kantone und Gemeinden bekannt zu machen, hätte mir bereits ausgereicht, wenn Sie ausgesagt hätten, dass Sie für die Analyse allenfalls auch bereit sind, neue Wege zu gehen, indem Sie z.B. eine Arbeitsgruppe bilden, in der für einmal nur ganz wenige Politiker Einsitz nehmen, dafür aber Leute aus der Privatwirtschaft. Dabei dachte ich an Unternehmensberater, Immobilienfachleute, Architekten, Bauunternehmer und andere aus der Stadt Schaffhausen. In einem weiteren Schritt denke ich vor allem auch an Werbefachleute. Diese könnten uns vielleicht helfen, die Gründe dafür heraus zu finden, warum die Leute Schaffhausen den Rücken zukehren. Diese Arbeitsgruppe könnte dann auch den Auftrag erhalten, der Politik Impulse zu vermitteln, die wir dann in unsere Ratstätigkeit einbringen könnten, um dann auch gemeinsam neue Lösungen zu erarbeiten.

Und auf die dritte Frage, welche finanziellen Aufwändungen er in diesem Zusammenhang bereit wäre, für ein gezieltes Wohnortsmarketing für die Stadt Schaffhausen zu tätigen, hätte mir als Antwort bereits ausgereicht, zu erfahren, dass die Stadt bereit sei, Leute aus dieser Arbeitsgruppe, insbesondere Personen, die effektiv Arbeitszeit nicht nur von sich selbst, sondern auch von ihren Mitarbeitern aufwenden, um konzeptionelle Beiträge in Form von umsetzbaren Vorschlägen auszuarbeiten, finanziell abzugelten, und dass der Stadtrat bereit sei, dafür ein Kässeli aufzumachen, im Betrag von XY.

In Ihrer Beantwortung meiner Interpellation sind Sie jetzt also bereits viel weiter gegangen, als ich das eigentlich verlangt habe. Sie haben aber ansatzweise einiges doch auch in der von mir gewünschten Richtung ausgesagt.

Auch Sie, meine Damen und Herren, haben diese Diskussion jetzt rege benutzt, um ihre Meinungen einzubringen.

Ich verspürte aber auch in dieser Diskussion wieder einmal mehr, dass es sehr schwierig werden wird, auch nur den kleinsten Konsens zwischen linker und bürgerlicher Ratsseite zu finden, wenn es darum geht, wie und wo Kosten einzusparen und neue Einnahmenquellen zu generieren sind.

Der Klassenkampf erscheint mir mit fast jeder Diskussion die wir führen, grösser zu werden, und ich befürchte, dass wir so nicht weiter kommen.

Immerhin verbleibt mir jetzt aber noch die Hoffnung, dass auf kantonaler Ebene in Richtung gezieltes „Wohnortsmarketing für den Kanton Schaffhausen“ in nächster Zeit einiges geschehen wird. Der Regierungsrat hat ja auf eine analoge Anfrage bereits angekündigt, dass er gemeinsam mit dem Wirtschaftsförderer und anderen Kreisen diese wichtigen Themen aufnehmen wird.

Es ist ja auch in erster Linie der Kanton, der die wichtigsten Weichen in die richtige Richtung stellen muss, gilt es doch - wie auch schon heute Abend erwähnt - den Halbstundentakt nach Zürich, die direkte Verkehrsführung der Bahn zum Flughafen und den Ausbau der A4 von SH nach Winterthur auf vier Spuren möglichst schnell zu realisieren.

Und wenn dieses kantonale Gremium dann auch noch StädterInnen mit in seine Arbeitsgremien einbezieht und zum Schluss dann auch noch ein gezieltes Werbeprogramm für das schöne Schaffhausen auf die Beine stellt, dann sieht die Situation bereits wieder etwas rosiger aus.

Und zum Schluss: Wer sehen will, wie ein Teil eines Stadtmarketings so in etwa aussehen könnte, der kann sich im Internet als Anregung auch einmal die Seite www.winterthur.ch betrachten.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit."

Christian Hablützel (SP) Schlusswort des Interpellanten

"Ich möchte mich noch einmal herzlich beim Stadtpräsidenten bedanken. Die richtigen Fragen sind gestellt. Es hat mich gefreut, dass die Rezepte nicht bereits ausgestellt sind. Ich habe auch Freude gehabt an der Diskussion. Ein Hinweis an die bürgerliche Seite: Wenn Sie uns den Pelz waschen wollen, müssen Sie sich nicht wundern, wenn Sie dabei ab und zu auch nass werden. Zur politischen Auseinandersetzung gehört dies an sich. Ich persönlich bin nicht abgeneigt, über eine moderate Steuersenkung zu diskutieren; nur wird Sie das etwas kosten. Wir sind auch berufen, diese Themen anzugehen.

Ich war auch erfreut, dass der zweite Interpellant, GrSR Meister, heute die Gelegenheit bekam, unser Thema in einem etwas grösseren Zusammenhang in einer konstruktiven Auseinandersetzung zu diskutieren."

An dieser Stelle beendet der Ratspräsident die Beratung der heutigen Traktandenliste.

MITTEILUNGEN des Ratspräsidenten

Rücktritte der GrSR Andi Tenger (FDP) und Peter Happle (SVP)

"Die Gründe für die Rücktritte von Andi Tenger und Peter Happle habe ich Ihnen durch Verlesen der Rücktrittsschreibens zur Kenntnis gebracht. Diese Rücktritte haben uns wieder einmal vor Augen geführt, dass heute ein politisches Mandat, auch auf kommunaler Ebene, nur noch schwerlich mit den gestiegenen Anforderungen und Ansprüchen des Berufslebens unter einen Hut zu bringen ist. Geschäft, Familie

und andere Engagements in Vereinen oder Organisationen absorbieren die meisten von uns derart, dass es nicht nur besonderes Verständnis seitens der nächsten Angehörigen bedarf, sondern auch von Seiten der Arbeitgeber oder Mitarbeiter. Insbesondere Selbständigerwerbende und Personen in verantwortungsvollen Positionen in der Privatwirtschaft oder beim Staat laufen deshalb oftmals am oder gar über dem Limit ihres Zeitbudgets. Deshalb freuen sich sicher auch die meisten von Ihnen auf die etwas ruhigeren Wochen während der Sommerferienzeit.

Jetzt zu den beiden Abtretenden:

Andi Tenger gehörte unserem Rat seit 1997 an. Letztes Jahr wurde er auf der FDP-Liste mit gutem Resultat wiedergewählt. Ich bedaure den Rücktritt besonders, da wir mit Andi Tenger einen aufgeschlossenen Vertreter der jüngeren Generation verlieren, für den stets die Sachpolitik, das Finden von konsensfähigen Lösungen über die Parteigrenzen hinweg im Zentrum stand, und der mit ideologischem Parteigeplänkel nicht viel am Hut hatte. Andi Tenger gehörte zu den nicht besonders zahlreichen Sportbegeisterten in diesem Rat, der sogar persönliche Erfahrung aus dem Leistungssport einbringen konnte. Dies kam besonders bei seinem wertvollen Mitwirken in den Kommissionen rund ums Stadion Breite zum Ausdruck. Schmerzhaft wird der Verlust auch für unsere grossstadträtliche Fussballmannschaft; sie hat mit Andi Tenger als Teamleader in einem historischen Spiel vor einem Jahr die Vertretung des Kantonsrats mit 8 : 0 Toren unerwartet klar besiegt. Immerhin hat mir Andi Tenger zugesichert, unserem Team für diese Legislatur, für die er ja schliesslich vom stadtschaffhauser Souverän gewählt wurde, noch als Spieler zur Verfügung zu stehen. Neben den 3 Spezialkommissionen zum Stadion Breite nahm er für seine Fraktion in 9 Spezialkommissionen Einsitz. Von 1997 bis 2000 gehörte er der Delegation an, die unseren Rat im Vorstand des VSFZ vertritt. Seit 01.01.1998 war er Mitglied der Verwaltungskommission EWS. In diese ständige Kommission wurde er auch Anfang dieses Jahres wieder für die laufende Legislatur gewählt. Andi Tenger hat 1997 eine Interpellation mit dem Titel „Orientierungsschule unter einem Dach“ eingereicht.

Auch **Peter Happle** wurde im Rahmen der Gesamterneuerungswahl 1996 ins Stadtparlament gewählt, damals noch für die FPS. Da diese Partei nicht über Fraktionsstärke verfügte, blieb ihm der Zugang zu Spezialkommissionen vorerst verschlossen. Dies hat sich nun seit seinem Parteiwechsel zur SVP, auf deren Liste er letztes Jahr wieder in unseren Rat gewählt worden ist, geändert: Im Jahr 2000 war er Mitglied der SPK Integrierte Pflege im Altersheim Wiesli und dieses Jahr in der Kommission „Projekt heroingestützte Behandlung in der Stadt Schaffhausen“. Was vielen anderen in diesem Rat bisher vergönnt geblieben ist, gelang Peter Happle 1997: Als Höhepunkt seines politischen Engagements kann sicherlich die Überweisung seiner Motion „Erhöhung der Beiträge an städtische Vereinigungen und Institutionen für Jugendsportförderung“ bezeichnet werden. Sie fand bei einer Mehrheit quer durch alle Fraktionen Zustimmung. Auch Peter Happle habe ich als besonnenen, umgänglichen Ratskollegen schätzen gelernt, dem laute, polemische Töne fremd waren.

Ich wünsche beiden ausscheidenden Kollegen für ihre berufliche und private Zukunft alles Gute und danke ihnen im Namen unseres Rates ganz herzlich für ihr Engagement im Dienste der Schaffhauser Bevölkerung und für ihre konstruktive Mitarbeit in diesem Rat.

Neueingang eines Geschäftes während der Sitzung:

25.06.01 ***MOTION Peter Wullschleger (CVP) im Namen der Fraktions-
gemeinschaft FDP/CVP u. SVP/EDU -
Gesunde und attraktive Finanzen***

Dieser Vorstoss wird auf die Traktandenliste der nächsten Sitzung gesetzt.

An dieser Stelle schliesst der Ratspräsident die Sitzung.

Der Ratssekretär:

René Gisler

Nächste Ratssitzung: Dienstag, 14. August 2001